Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 11. Dienstag, den 14. Januar 1919. 26. Jahrg.

Ist das Eigentum gefährdet?

„Die Sozialdemokratie will das Eigentum nehmen!" Das ist das lächerliche Kampfgeschrei, mit dem die Gegner der Sozialdemokratie die jetzige Wahlkampagne führen. Ihre früheren Wahlmätzchen, von wegen: die Sozialdemokratie sei ein Feind des Vaterlandes, der Familie, der Ehe, der Religion usw. —, diese Mätzchen verfangen heutzutage nicht mehr, das wissen sie. Und darum grübelten sie auf neue Tücke und erdachten die Parole: „Das Eigentum, die Grundlage der Familie, ist in Gefahr!" Diese Tücke erdachten die Aktiendemokraten und Titelrepublikaner, weil wir Sozialdemokraten die sozialistische Republik wollen und keine Geldschrankrepublik: weil wir keine Lust haben, uns, nachdem die Monarchen abgesetzt worden sind, vom König Mammon tyrannisieren zu lassen.

Und darum haben die bürgerlichen Parteien das Stichwort geprägt: für oder gegen das Eigentum! Die Prägung der Formel in dieser Art läuft indessen auf nichts als eine Vergiftung der öffentlichen Meinung hinaus. Was wir beseitigen wollen, das ist nicht das private Eigentum, sondern die noch immer bestehende Möglichkeit, die breiten Massen auszubeuten zugunsten einer relativ kleinen Menge von Menschen, die im Besitz der großen Kapitalien ist. Wir wollen ihnen nicht einmal diese Kapitalien wegnehmen, wir wollen nur verhüten, daß auch fernerhin die Menschen durch die Macht des Kapitals und zugunsten des Kapitals ausgebeutet werden können.

Sozialismus bedeutet, daß die Leistung der Gesellschaft auf eine möglichst hohe Stufe gebracht wird. Das wird am leichtesten da möglich sein, wo ein Industriezweig in besonders hoher Blüte steht. Die Bergwerke zählen längst zu den Betrieben, die den Zugriffen des Großkapitals hätten entzogen werden müssen. Die Besitzer der Bergwerke sind in den meisten Fällen Aktionäre, die mit dem Betrieb direkt und persönlich gar nichts zu tun haben. Die Besitzanteile an den Gruben, die Aktien, sind ein reines Handelsobjekt geworden, für deren Preis die Höhe der Profite maßgebend ist, die von den Arbeitermassen erarbeitet werden müssen. Wenn man hier den Kapitalismus ausschaltet, wem kann darunter etwas abgehen? Der Grubendirektor wird seine Kenntnisse und Fähigkeiten dem Staate, in welchem das Volk die Macht haben soll, genau so gut zur Verfügung stellen, als er dies dem Privatkapitalisten gegenüber getan hat. Der kaufmännische, der technische Angestellte hat nicht das geringste Interesse daran, daß die privatkapitalistische Ausbeutungsweise aufrechterhalten bleibt, noch weniger aber kann dieses Interesse das große Heer der Arbeiter haben. Die einzigen, die bei der Sozialisierung der Grubenbetriebe empfindlich getroffen werden, das sind jene Großaktionäre, denen die Möglichkeit genommen wird, sich hohes arbeitsloses Einkommen zu verschaffen. Haben nun aber jene Volksmassen, die an sich den Grubenbetrieben fernstehen, die eigentlich nur als Verbraucher in Frage kommen, ein Interesse daran, daß die privatkapitalistische Ausbeutung der Bodenschätze beibehalten wird? Nein, nicht im geringsten!

Dieses eine Beispiel zeigt, daß die Sozialisierung für weitaus den überwiegenden Teil des deutschen Volkes nicht Benachteiligung, sondern Gewinn bedeutet. Die Parteien, die einen anderen Standpunkt einnehmen, vertreten die Profitinteressen des Großkapitals und müssen, gleichviel unter welcher Maske sie auftreten, scharf und nachdrücklich bekämpft werden. Die Formel darf also nicht lauten: für oder gegen das Privateigentum; sondern sie muß folgerichtig heißen: Für oder gegen die Beibehaltung der Ausbeutung der Massen durch das Kapital!

Natürlich kann nicht blind drauflos sozialisiert werden. Deutschland steht nicht allein in der Welt, sondern bildet ein Rad in dem ungeheuren Getriebe der Weltwirtschaft, das nur funktionieren kann, wenn es nicht mit roher Faust aus dem Gefüge herausgerissen wird. Bei rechtem Lichte besehen wird die Sozialisierung für weite Kreise die Schrecken verlieren, die ihr von den bürgerlichen Parteien angedichtet werden!

Die bürgerlichen Parteien wissen sehr gut, was sie am Volke gesündigt und verbrochen haben. Sie, die heute für alle möglichen Freiheiten eintreten, haben nicht entfernt an die Gewährung dieser Freiheiten gedacht, als sie die Macht in der Hand gehabt haben. Und wenn sie nun heute kommen und dem Volke alle möglichen schönen Dinge versprechen, dann heißt es doppelt auf der Hut sein, um nicht abermals betrogen zu werden. Die bürgerlichen Parteien haben nicht einen Gesinnungswechsel vollzogen, sondern sich mit einem Wechsel des Aushängeschildes begnügt. Sie alle, die zum Kriege gehetzt haben, die teils mehr, teils weniger schuld daran sind, daß das furchtbare Blutvergießen so lange gedauert, daß so ungeheure Opfer gefordert wurden, daß so unsagbares Elend in weitere Kreise des deutschen Volkes getragen wurde, daß Deutschland letzten Endes politisch und wirtschaftlich zu einem Trümmerfeld geworden ist, sie kommen heute unter der Maske von „Volks"parteien und glauben damit das deutsche Volk abermals hinter das Licht führen zu können. Die Partei des Volkes war, ist und bleibt die Sozialdemokratie!

Aus der Konkursmasse

der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen hat sich die sogenannte **Demokratische Partei** gebildet. Die Vertreter des Bank- und Handelskapitals zittern für ihre gewalttätige wirtschaftliche Vormachtstellung.

Eine feile Generalanzeiger-Presse

und amerikanische Reklame stellt sich in den Dienst

gegen die wirtschaftlichen Freiheitsbestrebungen

der Sozialdemokratie:

Wirtschaftlich geknechtet,
der Koalitionsfreiheit beraubt,
des Wahlrechts entehrt,
von indirekten Steuern belastet

wurde die Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenklasse von derselben Preßgesellschaft, die heute

Demokratie mit Phrasenschwulst

verwischen will. Gesinnungslose Preßorgane drehen sich um das Goldene Kalb der scheinheiligen Demokraten, weil es kein politisch reines Preßerzeugnis gibt, das diesen Mischmasch ehrlich vertreten kann.

Wähler, Wählerinnen!

Beachtet am 19. Januar:

Wahre Demokratie vertritt nur die Sozialdemokratie!

Sozialismus und Spartakus.

Die Ruhe scheint in Berlin wieder einigermaßen hergestellt zu sein. Die Blätter sind wieder erschienen, auch die erste Vorwärtsnummer haben wir erhalten. Naturgemäß sind die großen Tageszeitungen bestrebt, die Geschehnisse in ihren Häusern weißlichweißig auszumalen. Wir werden nicht in ihren Ton verfallen, die verglimmende Glut neu zu entfachen. Hervorheben wollen wir nur noch die Meldung, daß die Hauptbeteiligten Liebknecht, Rosa Luxemburg und Radek unauffindbar sind. Eichhorn hat sich vor einigen Tagen einen Paß nach Dänemark selbst ausgestellt und auch den dänischen Sichtvermerk angemeldet. Wie wir jedoch hören, ist es nicht unwahrscheinlich, daß er sich nach Allenstein wenden wird, wo das sonst so ruhige und erzkonservative Allenstein seit 14 Tagen eine Stätte des bolschewistischen Terrors geworden ist. Das russische Geld tut eben seine Arbeit.

Die zum größten Teil noch jugendlichen Spartakisten, die das Verlagshaus Bürgenstein unter der Führung Radeks und anderer Leute okkupiert hatten, erklärten nach ihrer Gefangennahme weinend und wehklagend, sie hätten nur wegen der täglichen 20 Mark mitgetan.

In den Berliner Krankenhäusern und im Leichenschauhause lagen bis gestern abend 75 Tote und 218 Verletzte. Es wird jedoch angenommen, daß die Zahl der Opfer weit größer sein dürfte. Die aus Potsdam herbeigezogenen Truppen haben 6 Tote und 7 Verwundete zu beklagen. 700 gefangene Spartakisten sind eingeliefert.

Der Unabhängige Haase hielt im Lustgarten eine Rede, in der er das unnötige Blutvergießen verurteilte und die Entfernung der sozialdemokratischen Führer forderte. Er selbst wolle keinen Augenblick länger auf seinem Führerposten bleiben, wenn das ein Hindernis der Einigung bilde. Die künftige Partei solle nicht die Unabhängige sein, auch nicht die Mehrheitspartei, sondern eine vereinigte sozialistische Partei. Diese Partei solle keine unklare Verschmelzung der alten Parteien werden, kein verkommenes Kompromiß, sondern etwas Neues, Großes. Man wolle Einigkeit auf der Grundlage des internationalen revolutionären Sozialismus. Zwar müsse man sich gegen die Methode der Kommunisten wenden, aber die Hetze gegen Spartakus sei ungeheuerlich.

Im Zusammenhang damit sei eine Aeußerung wiedergegeben, die der Berliner Unabhängige Eisel in einer Versammlung in Frankfurt a. M. machte. Er sagte, von Westarp bis Scheidemann gehörten alle Politiker auf die Anklagebank. Die Berliner Spartakisten hätten die Torheit begangen, loszuschlagen, als sie erst über 20 Proz. der Massen verfügten. Klüger als sie, würden die Unabhängigen erst in Aktion treten, wenn sie 51 Proz. hinter sich hätten, aber Vorbereitungen habe man schon getroffen; die Mobilmachungsbefehle seien bereits ausgegeben.

Berliner Korrespondenzen behaupten, die Verhandlungen über eine Einigung zwischen den Führern des rechten Flügels der Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokraten werden, nachdem sich die Lage durch die Vertreibung der Spartakusleute geklärt hat, fortgesetzt. Entschließungen sind noch nicht getroffen.

Im „Vorwärts" veröffentlicht Genosse Stampfer einen Artikel „Einigkeit", in dem es heißt:

„Der „Vorwärts" hat unter seiner gegenwärtigen Redaktion stets für die Einigung der streitenden Richtungen gewirken gesucht und sah sich auch am 10. November seinem Ziele nahe. Aber die Regierung der sozialistischen Einigkeit, die der Vorläufer der sozialistischen Einigkeitspartei werden konnte, ist gestorben an Spartakus. Mit Spartakus und allem, die ihm nahestehen und die ihn fördern, ist eine Einigung unmöglich. Sie war unmöglich, lange bevor Blut im Bruderkrieg geflossen war, sie ist noch unmöglicher jetzt.

Damit ist keineswegs gesagt, daß alles, was zu Spartakus gehört, für uns auf ewig verdammt und vermaledeit sein muß. Wir Sozialdemokraten können die spartakistische Bewegung nicht mit den Augen des Spießbürgers betrachten, können in ihr nicht nur Terror, Raub, Totschlag und Plünderung erblicken, zu denen sie leider ausgeartet ist und ausarten mußte. Den reinen Kern, der in dieser schmutzigen Schale steckt, verkennen wir nicht, den leidenschaftlichen Willen zum Sozialismus, den Geist der Revolte, den Rebellentrotz, den Hang zum kühnen Abenteuer. Unter den überzeugten Spartakisten gibt es vereinzelt menschlich sympathischere Erscheinungen als unter den taktisierenden und hinkenden Links-Unabhängigen, die sich in das Geschäft drängen, wenn es günstig scheint, und die es nicht gewesen sein wollen, wenn die Sache schief geht.

Wir, die wir uns ehrlich für Karl Moor begeisterten, der die Gesetze der Menschheit unter seine Füße tritt, und für Götz von Berlichingen, der gegen die werdende bürgerliche Welt den Krieg der Persönlichkeit führt, die den Pariser Juni- und Märzkämpfern den Zoll unserer Bewunderung entrichteten, wir, die wir ehrliche Feinde des Kapitalismus sind und zu bleiben gedenken, stehen Spartakus auch in seiner rasenden Verirrung anders gegenüber als der preußische polizeiliche Ordungsmann, der besorgte Kapitalist, der ratlose Philister, und wenn wir ihn im Bewußtsein unserer Pflicht mit allen Mitteln bekämpfen, so tun wir es mit anderen Gefühlen und aus anderen Gründen, als jene Ordnungselemente des alten Regimes.

Wir bekämpfen Spartakus, weil er in seinem tollen Eifer die Gesetze der Demokratie, des Volksrechts, die uns in Fleisch und Blut gegangen sind, über den Haufen werfen will, weil er die Republik gefährdet, den ruhigen Aufbau des Sozialismus hindert, den Frieden untergräbt, alle Errungenschaften der Revolution wieder in Frage stellt. Wir bekämpfen ihn, weil er in abenteuerlicher Begriffsverwechselung Gewaltanwendung für Revolution hält, weil er nur ein eingebildeter Revolutionär und Volksbeglücker, in Wirklichkeit aber ein unbewußter Reaktionär und Arbeiterverderber ist, wir bekämpfen ihn nicht zuletzt aus sittlichen Gründen, weil sein Fanatismus die wahnsinnigste Lüge als Kaptmittel verwendet und das gemeinste Verbrechen mit seiner Flagge deckt. Wir vertrauen darauf, daß mancher, der heute im Lager von Spartakus steht, später einmal einsehen wird, daß wir Recht gehabt haben, daß wir handelten, wie wir mußten, wie es unsere Pflicht an der Republik, am Sozialismus und an der Arbeiterklasse gebot. Diese Einsicht wird später einmal den Boden der Einigung bilden.

Jetzt sind wir nicht nur Gegner, sondern Feinde, und können gar nichts anderes sein. Die „Einigung aller drei sozialistischen Richtungen" ist in diesem Augenblick nicht anderes als eine holde Utopie, sowenig die Ausgabe dieses Schlagwortes nicht nur ein taktisches Manöver ist. Es ist eine Kinderei, zu glauben, diese Einigung könne herbeigeführt werden durch Entfernung der „kompromittierten Führer" aller Richtungen. Wer ist „Führer" und wer ist „kompromittiert"? Keine Gruppe, am allerwenigsten die kleinen zur Linken, verfügt über einen solchen Ueberfluß an schriftstellerischen und rednerischen Führern, daß sie Dutzende von ihnen zum alten Eisen werfen könnte. Und würden sich beispielsweise Loebe und Lipinski besser miteinander vertragen, als Ebert und Lie-

knecht?! Der Personenwechsel würde an den grundsätzlichen Gegnerschaften nicht das Allergeringste ändern! . . . .

Jetzt heißt es nicht einigen, sondern mutig Stellung nehmen und Stellung halten, wenn es sein muß, bis zum äußersten! Für die Sozialdemokratie gegen Spartakus, für Demokratie gegen Terror, für den Sozialismus gegen dessen lächerliche Karikatur, für Offenheit und Rechtschaffenheit gegen fanatischen Lügenwahnsinn und verbrecherische Entartung. Nicht verschwommene Gefühle, nur Klarheit, Festigkeit, Energie, Mut der Ueberzeugung führen zum Ziel!

In der „Freiheit" veröffentlicht Kautsky einen Leitartikel über die zweite Phase der Revolution. Er führt aus, daß durch die letzten Ereignisse die Regierung als eine sozialistische und proletarische schwächer geworden sei. Die Zähigkeit ihres Widerstandes gegen bürgerliche und militärische Einflüsse sei nun noch weiter geschwächt worden, und die Gefahr der Gegenrevolution werde nun zu einer realen. Leider ist sie heraufbeschworen worden gerade durch die Politik der Spartakisten, die auszogen, sie zu bekämpfen. Die große Gefahr besteht darin, daß die Regierung durch die Logik der Tatsachen immer weiter nach rechts gedrängt wird. Aber die Masse der Mehrheitssozialisten werde das nicht mitmachen. Daran hindere sie ihr proletarisches Empfinden. In der Mehrheit zeige sich eine wachsende Opposition und eine zunehmende Strömung für die Vereinigung aller auf dem Boden des Erfurter Programms stehenden Sozialdemokraten. Diesen Ruf zur Tat werden zu lassen, erklärt Kautsky für das dringendste Gebot der Stunde. In erster Linie komme in Betracht die Verständigung über ein gemeinsames sozialdemokratisches Aktionsprogramm und eine Regierung, die gewillt ist, dieses Programm zu verwirklichen.

Waffenstillstand und Frieden.

Marschall Foch hat mitteilen lassen, daß die Verhandlungen über Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens am 15. Januar, vormittags in Trier im Bahnhofe beginnen werden. Sofort nach seinem Eintreffen wird er angeben, zu welchem Zeitpunkte die erste Zusammenkunft der Delegierten stattfinden kann.

Die Friedenskonferenz wird offiziell am 20. Januar mit ihren Arbeiten beginnen. Nach vorheriger Annahme des Grundsatzes des Völkerbundes in Anwesenheit Fochs und der Bevollmächtigten der fünf größeren Mächte, zu denen wahrscheinlich diejenigen Belgiens hinzutreten werden, wird sie sich der Erörterung der Friedensbedingungen für Deutschland zuwenden und die Denkschrift prüfen, welche für Frankreich das Saarbecken beansprucht und die Internationalisierung der Rheinschiffahrt mit besonderen Vorrechten für die Anwohner der Flüsse vorsieht.

Verhandlungsvorschlag an alle russischen Regierungen. Die englische Regierung hat eine Note an die Außenministerien in Rom, Paris, Washington und Tokio gesandt und darin angeregt wird, eine Botschaft der Alliierten an die Regierungen der Sowjets und an die Regierungen von Kolschak in Omsk, Denikin in Jekaterinodar und Tschaikowsky in Archangelsk und alle anderen Regierungen, die sich aus den verschiedenen Nationalitäten des früheren Rußlands gebildet haben, zu richten. In dieser Note soll angeregt werden, daß alle Regierungen des früheren Rußlands ihre gegenseitigen Zwistigkeiten aufgeben und nach einer Einigung Delegierte zur gemeinsamen Vertretung des früheren Rußlands nach Paris zu entsenden. Der Wortlaut dieser Note wird in der Humanite veröffentlicht. Lansing erklärt, daß Amerika diese Note nicht zugegangen sei. Es sei aber außer Zweifel, daß sie von England an die anderen Regierungen gerichtet würde. Die französische Regierung hat sich diesem Vorschlage gegenüber ablehnend verhalten, denn sie steht auf dem Standpunkt, daß der Bolschewismus lediglich die Anarchie vertritt.

Krieg und Kriegsfolgen.

Ausweisung von Deutschen aus England. Die englische Regierung teilt mit, daß sie mit der Ausweisung aller Deutschen ernstlich begonnen hat, da das Kriegsamt nun entschieden habe, daß es nicht länger nötig sei, die dort internierten, im Militärdienstalter befindlichen Personen zurückzubehalten. Am 6. Januar sind bereits 750 Deutsche in diesem Alter abgeschoben worden. — Der englische Dampfer Fiar traf mit 400 deutschen Zivilgefangenen aus England im Kopenhagener Freihafen ein. Die deutschen Kranken waren seit Kriegsausbruch in England interniert. Sie wurden im Freihafen auf den dänischen Dampfer Kong Haakon gebracht, der mit ihnen alsbald nach Warnemünde abging.

Der Rücktransport englischer Kriegsgefangener von den deutschen Ostseehäfen mit Dampfern über Dänemark wird in einigen Tagen beendet sein, dagegen wird die Rückbeförderung der französischen Kriegsgefangenen auf dem Wasserwege nach Rotterdam noch einige Zeit fortdauern.

Aus der Türkei sind 600 deutsche Männer, Frauen und Kinder in München eingetroffen.

Das amerikanische Heer in Europa. Wie die französischen Blätter melden, werden die Vereinigten Staaten bis zur Regelung der Friedensfrage in Europa ein Freiwilligenheer von 2½ Million Mann unterhalten. Die Freiwilligen werden eine monatliche Löhnung von 36 Dollar erhalten.

Wiedereinführung der Werbung. Der britische Heeresrat hat einen Befehl herausgegeben, daß vom 15. Januar an die Werbung für das Heer wieder aufgenommen werden muß, so wie sie vor Kriegsausbruch stattfand.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unterbindung der Lebensmittelzufuhr für Berlin.

Durch die Verhältnisse in der Ostmark und infolge der Kämpfe in Berlin selbst ist die Lebensmittelzufuhr für Großberlin fast vollständig unterbunden. Aus der Posener Gegend, die den Hauptversorger Berlins für Kartoffeln, Gemüse und Vieh bildet, kommt nichts mehr an. Auch andere Provinzen, die durch die Lieferungsverträge zur Sendung von Gemüse verpflichtet sind, halten aus: anscheinend verhindern die lokalen Behörden jede Absendung. Genau so schlecht wie mit den Lebensmitteln steht es auch mit der Kohlenversorgung. In Groß-Berlin liegen nur noch für ein bis zwei Tage Briketts. Neue Zufuhren sind aber nicht zu erhalten. Die Kohlen trichen sich etwas länger. Die ankommenden Kohlen werden an die Gas- und Wasserwerke abgegeben, die für etwa 10—14 Tage versorgt sind.

Protest gegen die wirtschaftliche Erdrosselung.

Die deutsche Regierung ließ der Entente über die schwebenden Finanzfragen eine Note überreichen, in der es heißt: Bei den in Mainz über die Anwendung des Art. 14 der Waffenstillstandsbedingungen stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar den Alliierten eine Note übergeben, die das höchste Maß dessen darstellt, was Deutschland seit der Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Die Forderungen der Entente könnten lediglich dazu dienen, die finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt. Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche Private im Auslande aufgenommen haben, soll genehmigungspflichtig sein. Desgleichen soll von Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Auslande Funktionen ausüben können. Die von der Reichsbank bewilligten Devisen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Die deutsche Regierung protestiert gegen die Maßnahmen in voller Schärfe.

Ungarn.

Massenfüsilierungen in Preßburg. Die Blätter geben eine Meldung des „Neuen Pester Journals" wieder, nach der der ungarische Minister des Innern die Nachricht erhalten hat, daß in Preßburg auf Befehl des Kommandanten der tschechischen Besatzungstruppen 140 Personen, Eisenbahnbeamte und Soldaten, verhaftet und in der dortigen Kaserne erschossen worden seien.

Finnland.

Revolutionsopfer. Von 39 Abgeordneten, die an den Aufständen teilgenommen hatten, sind in letzter Instanz einer zum Tode, sieben zu lebenslänglichem Zuchthaus und 31 zu Gefängnisstrafen von 9 bis 10 Jahren verurteilt worden. Die Grenze gegen Rußland ist wegen Überhandnehmens bolschewistischer Propaganda gesperrt.

Schweden.

Der Streik der Seeleute dauert an. Auch in anderen Arbeitskategorien greift die Streikbewegung um sich, besonders bei den Telegraph- und Telephonarbeitern. Die Verhandlungen wegen der Forderungen der Lokomotivführer werden fortgesetzt.

England.

Eine irische Republik? Alle amerikanischen diplomatischen Senatoren und Abgeordneten haben eine von „Patrik Mc. Carten, dem Botschafter der provisorischen Regierung von Irland" unterzeichnete Mitteilung erhalten, in der erklärt wird: Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß Irland in Ausübung seines natürlichen Rechts der Selbstbestimmung eines souveränen Volkes am 28. Dezember mit einer Mehrheit von Zweidritteln alle politischen Beziehungen mit Großbritannien abgebrochen hat. Die irische Nation erkennt deshalb Seine britische Majestät nicht als König von Irland an. Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland hat sein Ende erreicht. Die Republik von Irland bestreitet das Recht irgendeiner fremden Regierung, von nun ab in Verhandlungen betreffend das irische Volk mit der Regierung Seiner britischen Majestät zu treten. Die konstituierende Nationalversammlung soll baldmöglichst stattfinden.

Amerika.

Opfer der Unruhen. Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß während der Streikunruhen 250 Personen getötet und 700 verwundet worden sind. — In Neuyork hat die Mehrzahl der Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 14. Januar.

Das neue Deutschland und die Wahlen zur Nationalversammlung.

Der sozialdemokratische Minister für Mecklenburg und Kandidat der sozialdemokratischen Partei zur Nationalversammlung, nach dessen Namen die Liste unserer Partei benannt worden ist, stellte sich am Sonnabend seinen hiesigen Wählern vor. Zu Tausenden waren sie erschienen.

Genosse Starosson, der über das Thema „Das neue Deutschland und die Wahlen zur Nationalversammlung" sprach, führte u. a. folgendes aus: Deutschland, das uns zwar nur eine Stiefmutterland war, das wir aber trotzdem so sehr liebten, liegt bedeckt mit Blut und Wunden darnieder. Wir wollen es uns jetzt neu und wohnlicher einrichten, nachdem die Revolution, — von den Junkern gemacht und vom Proletariat ausgeführt — das alte System gebrochen hat. Weite Kreise leisteten den alten Machthabern Gefolgschaft, geblendet von den Worten „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen," um die Weltherrschaft zu erstreben. Wilhelm II. habe die tönende Phrase gebraucht: „Nirgends in der Welt dürfe noch eine Entscheidung gefällt werden, ohne daß das deutsche Volk das entscheidende Wort spreche". Wir hatten es nicht verstanden, den deutschen Imperialismus so zu bekämpfen, daß er seine Eroberungsgelüste aufgab. Durch die Revolution ist es anders gekommen. Nun ist ein neues Deutschland geworden. Ich komme aus Mecklenburg, wo bisher das Volk lediglich Objekt der Gesetzgebung war. Nicht die Regierung in Schwerin regierte, sondern der Ausschuß der Junker, die Ritterschaft. Und darum sind wir Mecklenburger so außerordentlich froh, daß wir endlich auch eine Volksvertretung bekommen werden, zu dem selbst die Frauen wählen können. Wir danken das der Revolution.

Der preußische Militarismus hatte den Bogen überspannt. Während des Krieges trat eine große Wandlung ein. Die Soldaten hatten den alten Kadavergehorsam satt, sie wollten nicht mehr, sie kamen zu der Ueberzeugung, daß in Deutschland ausgeräuchert werden müsse. Redner ging dann des näheren auf die inneren Verhältnisse Mecklenburgs ein. Die ungeheuren Einkünfte der Landeskasse mit ihrem Grundbesitz hatten bisher die Junker stets in Anspruch genommen. Jetzt haben wir sie für die Steuerleistung des Landes gerettet. Die Apanagen des großherzoglichen Hauses betrugen hunderttausende. Allein die Großherzogin-Witwe Anastasia bekam 196 000 Mark im Jahre und da sie damit nicht auskam, erhielt sie noch eine Teuerungszulage von 30 000 Mark. (Große Bewegung.) Diese Gelder werden künftig gespart.

Redner zählte dann die Sünden des alten Systems auf. Die deutschen Machthaber trugen die Schuld, daß das internationale Schiedsgerichtsverfahren nicht durchgeführt worden war. Auch bei dem Ausbruch des Weltkrieges muß der deutschen Regierung der Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht das Erforderliche getan hat, um den Krieg zu verhindern. Weil die deutsche Regierung, Oesterreich nicht gehindert hat, Serbien das ungeheuerliche Ultimatum zu stellen, ist sie mitschuldig am Weltkriege. Diese Sünde hat uns das Golgatha geschaffen und dem deutschen Volke ein Kreuz auferlegt, wie nie einem Menschensohne in der Welt. Ungeheure Schädelstätten türmen sich in Ost und West in die Erdentiefe hinein. Und darüber jubilierten bei uns Leute. Der konservative Abgeordnete Herr v. Gräfe schrieb: „Es sei ja so schön, für das Vaterland zu sterben." 1 600 000 deutsche Brüder und Söhne wurden draußen abgeschlachtet und kehren nie wieder zu uns zurück. Herr v. Gräfe lebt aber noch. „Es ist ein Glück, daß der Krieg weiter geht," sagte dieser konservative Abgeordnete Gräfe im Reichstage, als das Friedensangebot vom Dezember 1916 abgelehnt wurde. (Lebhafte Pfuirufe.) Und dieser Mann spielt heute noch eine Rolle, wird heute von der Deutschnationalen Volkspartei noch als Kandidat zur Nationalversammlung präsentiert. Um unser teuren Toten willen, müssen wir geloben, daß niemals wieder Gräfe der Reaktion Einfluß auf die Gestaltung der Geschicke Deutschlands ausüben dürfen.

Genosse Starosson ging dann auf die Ursachen der militärischen Niederlage ein, den U-Boot-Krieg und den Frieden von Brest-Litowsk. Trotzdem kam die Niederlage überraschend, dank dem sogenannten famosen „Aufklärungsdienst", durch den das deutsche Volk jahrelang belogen und betrogen wurde. Nachdem Redner die Zensur und den Belagerungszustand gestreift, ging er auf die Zukunft ein. Wir müssen jetzt zum Frieden kommen. Er wird nicht leicht für uns werden. Die Entente braucht nur auszuführen, was unsere Imperialisten ihr im Falle des deutschen Sieges auferlegen wollten. Wir werden durch ein schweres Tal des Friedens zu dem neuen Deutschland schreiten. Notwendig ist da in erster Linie die Existenzsicherheit. Vom Monarchismus sind wir befreit. Der Kaiserismus ist restlos beseitigt. Der landflüchtige Wilhelm v. Hohenzollern wird nie mehr als Kaiser zurückkehren. Und jetzt wo sich der machtlose Mann in Holland nicht mehr wehren kann, beschimpfen auch die Gräfe, Bredow, Köckritze und Sprengstitze den Landflüchtig als Idioten, der schon seit Jahrzehnten unter Kuratel hätte gestellt werden müssen. Und noch vor wenigen Monaten haben diese Antiwilhelmisten dem Kaiser förmlich die Stiefel geleckt. Nun wir sind die Potentaten los, von denen wir soviel Ueberschuß hatten, daß wir noch solche nach Finnland abgeben wollten. Das Wort Napoleons: In hundert Jahren wird Europa entweder kosakisch oder republikanisch sein, ist zur Wahrheit geworden. Wir sind jetzt eine freie Republik, die aber zentral gestaltet werden muß. Es darf keine Absplitterung geduldet werden. Die Gesetzgebung der Einzelstaaten wird zu beschränken sein. Aber wir haben erst den Rahmen zur sozialistischen Republik. Der Ausbau soll noch kommen. Starosson behandelte dann eingehend die Sozialisierung. Er hob besonders hervor, daß wir die Produktionsmittel, nicht die gesamte Produktion verstaatlichen wollen. Zunächst die Bodenschätze, auf die der Staat, nicht der Kohlenmagnat, den Anspruch habe. Wer kann sich dagegen wenden, daß wir das Versicherungswesen der Privatspekulation entwinden wollen? Es sei Lüge, wenn behauptet wird, wir trieben öde Gleichmacherei, wenn gesagt wird, wir wollten dem kleinen Manne sein Eigentum nehmen. Das Erfurter Programm bringt den Gegenbeweis. Mit schlagenden Worten betont Redner, daß die Zeit des Egoismus vorüber und die des Sozialismus gekommen sei. Dann wendete sich Starosson zu den gegnerischen Parteien. Die „Volks"parteien schießen jetzt wie Pilze nach einem warmen Regen aus der Erde. Alle haben sie ihre Namen geändert. Die Konservativen werden auch als Deutschnationale Volkspartei volksfeindlich bleiben. Am 19. Januar gelte es, mit den Volksfeinden abzurechnen. Die Zukunft des deutschen Volkes wird entschieden durch die Wahl zur deutschen Nationalversammlung. Sie wird entschieden durch die Macht des Stimmzettels. Vor allem durch die Frauen, die 2 Millionen mehr Stimmen haben als die Männer. Die Frauen haben als Geschlechtswesen wie als Staatsbürgerinnen das größte Interesse an der Nationalversammlung. Redner weist auf die ungeheuren finanziellen Lasten und Aufgaben hin. Steuerfragen seien Machtfragen. Frauen und Männer, Soldaten, Jünglinge und Mädchen hätten die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die steuergesetzliche Machtfrage nicht wieder zu ungunsten der Arbeiter ausfalle. Bei den Kriegsgewinnlern muß jetzt nachdrücklich zugegriffen werden. Die sollen jetzt die Opfer bringen. Dazu sei nötig, uns mit den Willen der Macht zu beseelen. Die Geschichte wird zwar von Menschen gemacht, aber die Entwickelung gibt den Ausschlag. Sie führt zum Sozialismus. Der Weg zu ihm muß abgekürzt werden, er kann abgekürzt werden, wenn wir von dem Willen zur politischen Macht beseelt sind. Wir müssen eingedenk sein, der Pflicht, die wir für die Zukunft im Interesse unserer Kinder haben. Ein solches Bekenntnis muß abgelegt werden. Wir wollen die Welt ändern und uns beseelen mit den Gedanken des Dichters: „Wir formen um und anders ist kein Heil!" (Langanhaltender Beifall.)

In der Debatte sprach zunächst der Unabhängige Franck, der ungefähr dasselbe sagte, wie in der Herzfeldversammlung. Er erklärte sich mit dem Vortrage Starossons sonst einverstanden. Der Unabhängige Süße wetterte gegen die Führer der sozialdemokratischen Partei und die Bewilligung der Kriegskredite. Scheidemann hätte sich nicht gegen den Exzellenztitel gewehrt. Mundt von den Unabhängigen übte gleichfalls Kritik in längeren Ausführungen und forderte zur Einheit und Geschlossenheit auf. Ein Herr Kruse äußerte spartakistische Ideen. Genosse Bromme wies die Behauptungen Mundts, daß die Mehrheitssozialisten den Brest-Litowsker Frieden und das finnische Abenteuer gutgeheißen und unterstützt hätten, als falsch zurück. Merkwürdig erschien ihm die Aufforderung Mundts zur Einigkeit, wo doch gerade Mundt und seine Freunde die Hand, die die alte Partei ihnen geboten, um die Einigkeit in Lübeck herbeizuführen, zurückgewiesen haben. Spartacismus bekämpfen wir. Die alte Sozialdemokratie würde gerade durchgehen. Der 19. Januar würde zeigen, wie die Lübecker Arbeiterschaft denkt. Sicher werde sie zur Fahne der alten Partei stehen. (Beifall.) An der weiteren Debatte beteiligten sich Giehrts, Frank und Nielson. Letzterer ging auf die Berliner Verhältnisse ein.

Genosse Starosson zerpflückte in seinem Schlußwort die Behauptungen Franks, der von den Führern verlangt hätte, daß sie den Ausbruch des Krieges vorhersehen und die Revolution eher machen sollten. Starosson wies nach, daß Revolution nicht gemacht werden können, sondern kommen, wenn die Zeit dafür reif sei. Die Behauptung der Unabhängigen, ihre Führer hätten die Kriegskredite von Anfang an bekämpft, wies Redner an der Hand der Tatsache, besonders der Haltung Dittmanns, als unrichtig zurück. Dieser unabhängige Führer habe noch die dritte Anleihe begeistert bewilligt. Die Masse des Volkes wolle keine Diktatur, wie sie in Bremen und Berlin erstrebt werde, sie wolle keine Diktatur, weder von rechts noch von links. Das Heil des Volkes liege in der Sozialdemokratie, für die die Versammlung stimmen möchte. (Stürmische Zustimmung.)

Genosse Löwigt richtete dann noch einen warmen Appell an die Versammelten, forderte zum Eintritt in den sozialdemokratischen Verein und zur Wahl der Liste Starosson auf. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei fand die imposante Versammlung ein Ende. Nur langsam kamen die Menschenmassen durch die Johannisstraße vorwärts, die einem Menschenstrome glich.

Die zwanzigjährigen Wähler.

Es herrscht vielfach die Auffassung vor, als ob alle Personen, die im Jahre 1919 das 20. Lebensjahr vollenden, zur Nationalversammlung wahlberechtigt sind. Diese Auffassung ist irrig. Wahlberechtigt sind nur alle Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Wahlberechtigt ist also, wer am 19. Januar 1899 oder früher geboren ist.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (Sitz Berlin) Ortsgruppe Lübeck, hielt am 4. Januar seine 1. General-Versammlung ab, die gut besucht war. Nach dem Geschäftsbericht hat sich die Ortsgruppe, die am 19. 7. 18 von 14 Kameraden gegründet wurde, gut entwickelt. Während des Gründungsjahres wurden abgehalten 5 ordentliche, 1 außerordentliche Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung. Einige sehr schöne Erfolge konnte die Ortsgruppe erzielen. Im besonderen 1. Die Einrichtung des Wohlfahrts- und Arbeitsamtes. 2. Die Bewilligung von 40 000 Mk. von seiten des Senates an die Lübecker Straßenbahn für Freifahrtscheine für Beinbeschädigte. 3. Die Sicherstellung eines Sitzplatzes bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft (im Notfalle im Dienstabteil) für

Schwerbeinbeschädigte, Erblindete usw. 4. Die Entsendung von 2 Delegierten in den Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte sowie eines Delegierten in den A.- und S.-Rat. 5. Die Gründung der Ortsgruppen Schwartau, Schlutup und Umgegend, letztere zählt seit ihrer Gründung vor 14 Tagen bereits über 50 Mitglieder. 6. Die wundervolle Entwicklung der Ortsgruppe Lübeck selbst, welche beweist das nur unsere Vereinigung auf dem rechten Wege ist. Nachdem ein Kamerad noch die Bedeutungslosigkeit der Lübecker Lokalen Kriegsbeschädigten-Vereinigung (früher sog. Essener oder Kruppscher Bund) gestreift hatte, nahm die Versammlung den Kassenbericht entgegen. Das vorgelegte Ortsstatut wurde mit einigen kleinen Abänderungen einstimmig angenommen. Dann erfolgten die Wahlen des Gesamtvorstandes und der umfangreichen Kommissionen. Nachdem hierauf die mangelhafte Bezahlung der beim Postamt (3,70 Mk. tägl.) und beim Wohlfahrts- und Arbeitsamt (täglich 5,00 Mk.) beschäftigten Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer scharf gerügt wurde, wurde verlangt, bei den Behörden zu veranlassen, daß eine besondere Abteilung der Arbeitsvermittelung für Kriegsbeschädigte eingerichtet wird und die Vermittlung durch Kriegsbeschädigte vorzunehmen. Nachdem einige Fragen, die aus der Versammlung gestellt waren, beantwortet wurden, mußte die Generalversammlung leider wegen vorgerückter Stunde geschlossen werden. Vor der Versammlung wurden über 30 Kameraden neu aufgenommen. Bemerkt sei noch, daß die Kameraden sich jederzeit im Bundeslokal des Kameraden G. Ehlers, Hüxstraße 110, aufnehmen lassen können.

Die Gärtner und Gärtnereiarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten, die noch nicht zu einem Resultate gekommen ist, weil die Unternehmer wenig Entgegenkommen zeigten. Nicht einmal den Achtstundentag, den die Revolution den Arbeitern brachte, will man bewilligen. Man versteifte sich in der Handelsgärtnerei für den weitaus größten Teil des Jahres auf den Zehnstundentag, obwohl durch Zulassung von Ueberstunden den eigenartigen Verhältnissen in der Gärtnerei Rechnung getragen werden sollte. In der Lohnfrage lehnte man mehr oder weniger verklausuliert jedes Entgegenkommen ab. Gefordert sind in der Landschaftsgärtnerei für die Gehilfen und Arbeiter, die mindestens ein Jahr in diesem Zweige der Gärtnerei arbeiten, 1,50 Mark pro Stunde, für Junggehilfen und Arbeiter, die weniger als ein Jahr beschäftigt sind, 1,20 Mark pro Stunde. Geboten wurde für erstere 1,10 Mark, für letztere 1 Mark pro Stunde, für auswärts Beschäftigte 1,20 Mark, nach drei Monaten 10 Pfg. Zulage. In der Handelsgärtnerei und den Baumschulen sind gefordert: für Gehilfen und eingearbeitete Arbeiter 62,40 Mark pro Woche = 1,30 Mk. pro Stunde. Für Junggehilfen und Arbeiter unter einem Jahre im Betriebe tätig mindestens 48 Mk. pro Woche = 1 Mk. pro Stunde. Man bot für erstere 50 Mk., für letztere 40 Mark pro Woche. Die gebotenen Lohnsätze sind Löhne, wie sie zurzeit gezahlt werden und durch die tatsächlichen Verhältnisse längst überholt sind. Sie bleiben hinter dem, was zur Befriedigung des Lebens Notdurft im bescheidensten Umfange notwendig ist, weit zurück und stehen im schreiendsten Mißverhältnis zu den von den Unternehmern für ihre Erzeugnisse erzielten Preisen. Die gebotenen Löhne sind eine Verdoppelung der Löhne vor dem Kriege, während die Preise für die fertigen Gärtnereierzeugnisse, die, wohlgemerkt von ausländischen Rohstoffen und der inländischen Kriegsindustrie völlig unabhängig sind, bis aufs Achtfache der Preise vor dem Kriege gestiegen sind. Dazu wurden bei Kriegsausbruch noch erhebliche Lohnabzüge gemacht und eine Vergütung derselben jetzt bei der beispiellos günstigen Geschäftslage im Gärtnereigewerbe abgelehnt. Jedes weitere Wort der Kritik an dem Gebahren der Unternehmer erscheint uns überflüssig. Ihr Verhalten spricht für sich selbst. Am Mittwoch, dem 15. Januar findet eine öffentliche Gärtnerversammlung zur Stellungnahme zum Angebot der Unternehmer statt, auf die wir besonders hinweisen. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Zinssätze bei den Darlehnskassen. Amtlich. In der Oeffentlichkeit bestehen über die abgestuften Zinssätze, welche bei den Darlehnskassen bei Lombardierungen in Anrechnung gebracht werden, keine klaren Vorstellungen. Nach den neuesten Aenderungen gilt nunmehr für die Lombardierung von Wertpapieren und die anderen zugelassenen Beleihungsobjekte ein Zinssatz von 5½ v. H. Für die Beleihung von Kriegsanleihe wird ein Vorzugszins von 5¼ v. H. gerechnet. Bei den Darlehen, die zum Zwecke der Einzahlung auf Kriegsanleihe-Zeichnungen aufgenommen werden, ist der Zinsfuß sogar auf nur 5¼ v. H. festgesetzt.

In den Rat der vereinigten Berufe wurde der zahnärztliche Verein aufgenommen. Das Referat über den Reichsbürgertag in Berlin am Sonntag, dem 3. Januar, an dem als Vertreter des Rates der vereinigten Berufe die Herren Schiemann und Ambrosius teilgenommen haben, und das von ihnen in der Sitzung erstattet wurde, ergab, daß seitens der Berliner Einberufer dieser Veranstaltung die Gründung eines Reichsbürgerrates mit Ausübung politischer Tätigkeit geplant war. Die Vertreter vom Rat der vereinigten Berufe haben bei der Tagung nachdrücklich auf die ausschließlich wirtschaftliche und soziale Tätigkeit, die hier ausgeübt wird, hingewiesen und betont, daß jede Parteipolitik ausgeschlossen sein müsse. Nur bei dieser Beschränkung sei ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem Arbeiter- und Soldatenrat möglich. Der Anschluß des Rates der vereinigten Berufe konnte von den Lübecker Vertretern nicht befürwortet werden. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses stimmten einstimmig dem Verhalten ihrer Vertreter bei der Berliner Tagung zu und erklärten, daß der Rat der vereinigten Berufe sich nach wie vor nur unpolitisch betätigen dürfe und wolle. Gleichzeitig wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldaten-Rat möglichst fester zu gestalten, um einseitige Bestimmungen für das Wirtschaftsleben zu verhüten.

Verkehr an den Hafengestaden. In der heutigen Ausgabe bringt das Polizeiamt die Verordnung, betreffend den Verkehr an den Gestaden der hiesigen Häfen, im amtlichen Teile in Erinnerung. Der Sicherheitsdienst im hiesigen Hafengebiet wird vom 14. ds. Mts. an neben den bisherigen Polizei- und Hafenbeamten auch von Patrouillen der republikanischen Soldatenwehr wahrgenommen. Auch sie haben darauf zu achten, daß es Unbefugten verboten ist, die zum Lagern, Löschen und Laden von Gütern dienenden Gestade der See, Binnenhäfen und des Kanalhafens einschließlich der an den Gestaden liegenden Schienengleise und der Warenschuppen zu betreten. Ferner ist das Rauchen dortselbst verboten, sowie die Verunreinigung der Gestade oder der dort lagernden Waren oder Warenschuppen. Den Anordnungen der militärischen Posten ist ebenso Folge zu leisten, wie den der übrigen Aufsichtsbeamten. Uebertretungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder 14 Tagen Haft bestraft.

st. **Die Plattdeutsche Volksgilde zu Lübeck** veranstaltete am Sonntag, nachmittags 3 Uhr im neuen Stadttheater eine öffentliche Vorstellung, in welcher die „Gesellschaft für dramatische Kunst" aus Hamburg das dreiaktige Spiel „Der Fährkrug" von Hermann Boßdorf zur Aufführung brachte. Das hier schon früher gespielte Werk hinterließ in der ausgezeichneten Darstellung von Richard Ohnsorg als trinkfroher Krögerwirt, Dolly Hardt als verführerische Krögerwirtin, Broer als düsterer Knecht Tod, Annemarie von Bernd als herzensgutes Mädchen und Georg Hermann als lebensfrischer junger Gau nachhaltigen Eindruck. In den Pausen des Spiels wurde eifrig und mit Erfolg für die Gilde geworben, welche für Anfang Februar ein weiteres Spiel von Boßdorf „Bahnmeister Tod" angekündigt hat, dem im März das lustige Volksstück „De Königin von Honolulu" von Gorch Fock und im April zwei weitere plattdeutsche Schwerspiele folgen sollen.

Hansa-Theater. Der Direktion des Hansa-Theaters ist es gelungen, den soeben aus Riga zurückgekehrten Herrn Edgar Pauly zu einem vorläufig zweiwöchigen Gastspiel zu verpflichten. Edgar Pauly, durch seine jahrelange Tätigkeit am hiesigen Stadttheater einer der Lieblinge des Lübecker Publikums, wird in der neuen Gilbertschen Operette „Der verliebte Herzog" die Hauptrolle spielen. Die Proben hierzu sind bereits im Gange.

Stadttheater Lübeck. Infolge Beurlaubung im Personal muß der Spielplan eine Aenderung erfahren. Sonnabend wird „Die Rose von Stambul", Sonntag, Nachmittags 2 Uhr „Wilhelm Tell" und Abends 7 Uhr „Tiefland" gegeben. Die Partie des „Sebastiano" wird Herr August Schumacher zum ersten Mal singen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat Dezember dem hiesigen Gesundheitsamt in 82 Fällen gemeldet. Davon betrafen 65 Fälle (7 tödlich verlaufen) Diphtheritis, 7 Scharlach (1 tödlich), 5 Masern (1 tödlich), 3 Typhus (2 tödlich), 2 Wochenbettfieber (1 tödlich).

Dänischburg. Eine gutbesuchte Versammlung tagte hier am Sonntag im Lokale von Watzdorf. Der Genosse Radden referierte über die Wahlen zur Nationalversammlung und die Forderungen der Sozialdemokratie. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und vom Genossen Denker noch wirkungsvoll ergänzt. Als Gegner trat ein Herr Cordes auf, der erklärte, von der deutsch-demokratischen Partei gesandt zu sein. Vom Referenten wurde diesem jugendlichen Herrn die Vergangenheit dieser Parteien vor Augen geführt, welche er anscheinend gar nicht kannte, denn er verlangte das Wort nicht wieder. Vom Genossen Burmeister und Schielke wurde am Schlusse zum Eintritt in die Partei aufgefordert. Das Resultat waren 7 neue Mitglieder.

Gnissau. Eine starkbesuchte Volksversammlung tagte Sonntag im Lokale des Gastwirts Maaß. Genossin Zabe-Hamburg referierte über „Die bevorstehende Nationalwahl" und erntete starken Beifall. In der Diskussion meldete sich nur der Herr Pastor aus Gnissau, der in einer Anfrage Auskunft wünschte warum die Landarbeiter bei der Aufstellung der Kandidatenliste nicht berücksichtigt seien. Gen. H. Fick gab die nötige Aufklärung und forderte in kräftigen Worten die Wähler und Wählerinnen auf, am Wahltage ihre Pflicht zu tun und sich nicht durch die Schmeichelreden der Bürgerlichen irre führen zu lassen. — Auch in Ahrensbök referierte am Sonntag abend die Genossin Zabe. Das Strelesche Lokal war gut besucht, die Stimmung war ausgezeichnet, der Beifall stark. Genosse H. Fick forderte mit kernigen Worten die Wähler und Wählerinnen auf, am Wahltage ihre Pflicht zu tun und den Stimmzettel für die sozialdemokratische Partei abzugeben. Eine ganze Anzahl Frauen und Männer traten der Partei bei. Der Ortsverein zählt augenblicklich 120 Mitglieder. Es geht auch hier vorwärts!

Schönböken. Eine gutbesuchte Versammlung, die von der deutschnationalen Partei einberufen war, tagte am Sonntag in dem Restaurant zum Landhaus. Referent war Lehrer Ketel aus Lübeck, dessen Rede aber eher auf die Kanzel paßt, als zum politischen Vortrag. Die Verherrlichung der Hohenzollern und des Christentums waren die Hauptpunkte. Zum Kern der Sache kam der Redner überhaupt nicht richtig. In der Debatte erhielt der Redner von unserem Genossen, Lehrer Scheemer die gebührende Antwort. Genosse Scheemer zerpflückte trefflich und sicher die Ausführungen des Referenten. Genosse Brandes-Lübeck vervollständigte die Ausführungen seines Vorredners und erschlagen mußte Herr Ketel das Feld räumen. Einstimmig wurde erklärt, nur den Mehrheitssozialisten die Stimme zu geben

---

Heute abend 7½ Uhr:

Große Frauenversammlung

in der

Stadthalle.

Hamburg. „Geistige Waffen" für die Spartakisten. Eine für die Spartakisten bestimmte Handgranatensendung, die in der Munitionsfabrik Ellerau bei Quickborn gefunden war, wurde durch den Leiter des spartakistischen Sicherheitsdienstes Preuschoff abgefangen und beschlagnahmt.

Kiel. Siebenstündige Arbeitszeit auf der Reichswerft. Vom Montag, 13. Januar ab, wird die Arbeitszeit auf der Reichswerft nur noch sieben Stunden dauern. Sie ist von 7 Uhr morgens auf 2 Uhr nachmittags durchgehend festgesetzt worden. Dadurch wird es ermöglicht, in der nächsten Zeit einen Teil der Arbeitslosen auf der Reichswerft einzustellen, was von der Allgemeinheit und besonders von den Arbeitslosen mit Genugtuung begrüßt wird. — Massenkundgebungen in Kiel. Am Sonntag demonstrierte die Kieler sozialdemokratische Arbeiterschaft in einer machtvollen Kundgebung unter Beteiligung eines Teiles des Bürgertums gegen den Terror der Spartakisten, gegen Anarchie und Gewaltherrschaft, für Sozialismus, Demokratie und die Arbeiterregierung Ebert-Scheidemann. Etwa 30 000 Männer und Frauen hatten sich am Sportplatz eingefunden und begleiteten die Ausführungen der Redner mit begeisterten Kundgebungen. Der endlose Demonstrationszug, dem die rote Fahne der Sozialistischen Partei vorangetragen wurde, bewegte sich dann durch die Straßen der Stadt und löste sich am Alsenhofsplatz unter brausendem Hoch auf Demokratie und Sozialismus auf. Der Gouverneur, der Oberste Soldatenrat und der Arbeiterrat von Kiel erließen einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem bekanntgegeben wird, daß beschlossen worden sei, zum Schutze des persönlichen Eigentums und der allgemeinen Sicherheit einige öffentliche Gebäude und Zeitungsbetriebe militärisch zu besetzen. Weiter ergeht an alle die dringende Mahnung, die Ruhe und öffentliche Sicherheit in Kiel nicht zu gefährden. Die Truppen hatten dringende Anweisung, nur nach den Anordnungen des Gouverneurs und des Arbeiter- und Soldatenrates, die geschlossen hinter der Revolution und dem Sozialismus ständen, zu handeln.

Rostock. Agitationsversammlungen zur Nationalwahl hielt Genosse Stelling-Lübeck im Laufe der letzten Tage in Mecklenburg ab. Die Versammlungen nahmen einen glänzenden Verlauf. In Boizenburg hatten sich, trotzdem zu gleicher Stunde eine demokratische Volksversammlung stattfand und die Gegner das Gerücht verbreitet hatten, der Referent sei nicht erschienen, über 900 Personen eingefunden, in Güstrow musterten wir 1500, in Krakow 600, in Schwerin über 3000, in Rostock ebenfalls über 3000 und in Hagenow 500 Versammlungsbesucher. In Rostock fand zu gleicher Zeit eine von den Soldaten einberufene starkbesuchte Volksversammlung statt, in der die Vorgänge in Schwerin und die politische Lage behandelt wurde. Nach Schluß beider Versammlungen trafen sich die Teilnehmer zu einer gewaltigen Demonstration gegen jede Gegenrevolution auf dem neuen Markt zusammen, wo neben mehreren Soldaten auch Genosse Stelling in einer kurzen Ansprache auf den Wahltag als Tag der Abrechnung hinwies. In Schwerin trat unserem Redner ein Gegner gegenüber, der vergeblich versuchte, für die Deutsche demokratische Partei Propaganda zu machen. Die Stimmung in den Versammlungen war eine vorzügliche.

Wilhelmshaven. Einigung in Wilhelmshaven. Die Verhaftung des Präsidenten der Republik Oldenburg, Kuhnt, erregte hier gewaltiges Aufsehen. Sie war durch die Berufssoldaten erfolgt, die mit der Haltung des hiesigen 21er-Rates nicht einverstanden waren. Durch Verhandlungen, an denen die Landtagsabgeordneten Genossen Hug und Meyer teilnahmen, wurde die Freilassung Kuhnts erreicht und folgende Vereinbarungen getroffen: Bis zur Neuwahl des 21er-Rates treten ein Deckoffizier und zwei Unteroffiziere mit Sitz und Stimme in den 21-Rat ein. Die Neuwahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat finden am 13. und 15. Januar statt. Die besetzten öffentlichen Gebäude werden sofort freigegeben, der Wachtdienst wieder vom Sicherheitsbataillon übernommen und die Waffen unter Aufsicht einer paritätisch zusammengesetzten Kommission gebracht.

Vegesack. Die Herrschaft der Spartakus. Am Montag morgen wurde auch in Vegesack und Blumenthal die Herrschaft der Spartakusgruppe zur Durchführung gebracht. Der Stadtrat von Vegesack wurde abgesetzt, ebenso der Landrat des Kreises Blumenthal. Die Zeitungen erscheinen auch dort unter Vorzensur, sie sind außerdem verpflichtet, Artikel, die ihnen von dem Rat der Volksbeauftragten gegeben werden, ohne weitere Mitteilung zu bringen.

Theater und Musik.

Im Stadttheater sollen jetzt an den Sonntagmittagen Schauspielvorstellungen stattfinden, die einen gewissen literarischen Charakter tragen. Das kann man nur begrüßen. Zumal wenn dadurch auch die Bekanntschaft mit hier unbekannten neueren Dichtern vermittelt wird. Am letzten Sonntag mittag fand hier die Uraufführung von Bergers „Die Marquise" statt. Der Verfasser bezeichnet sein Stück als Schattenspiel. Seine „Marquise" ist umgeben von den Schatten der Vergangenheit; diese Schatten erscheinen vor dem Publikum, aber es sind nur kostümierte Bediente, die sie darzustellen haben. Und als dann der einzige echte Schatten, der Marquis, erscheint, da bricht die Marquise zusammen, weil sie ihn ebenfalls nur für ein Trugbild hält. Das Spiel löst keine tieferen dramatischen Wirkungen aus, aber es ist von feinen, träumerischen Wirkungen umsponnen. Fräul. Cron in der Titelrolle, sowie die Herren Neubauer, Buendter und Heidmann bemühten sich mit Glück um die Wiedergabe.

Ein ähnliches Thema behandelt Sigurd Ibsen im „Tempel der Erinnerung". Was in der Wirklichkeit mit allen menschlichen Schwächen behaftet ist, wird in der Erinnerung zum Ideal. Es ist deshalb nicht gut, wenn Tote zurückkehren. Mit Laune und Humor hat Ibsen daraus ein heiteres Stück, daß auch einige Nachdenklichkeiten aufweist, geformt. Von Alice Cron, sowie den Herren Heidmann und Lenau wurde es so gespielt, daß das Publikum sich dabei gut unterhielt. P. L.

Wirtschaftliches.

Der Streik im Ruhrrevier.

Die Zahl der streikenden Bergleute betrug gestern 40 000. Zwar waren hier und da die Belegschaften wieder angefahren, die Zechen wurden aber im Laufe des Vormittags von Spartakistentrupps stillgelegt, die die arbeitswilligen Bergleute zwangen, sich dem Demonstrationsstreik anzuschließen.

Kommunales.

Stadtverordnetenwahl in Chemnitz. Das amtliche Wahlergebnis der Stadtverordnetenwahlen lautet: Sozialdemokraten 75 415, Bürgerlicher Wahlverein 26 795, Deutschdemokraten 18 288, Unabhängige 7294 und Privatangestellte 7288. Die Sitze verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 34, Bürgerlicher Wahlverein 12, Deutschdemokraten 3, Unabhängige 3, Privatangestellte 3.

Neueste Nachrichten.

Aufruf der Volksbeauftragten.

Berlin, 14. Januar. Im „Vorwärts" erlassen die Volksbeauftragten einen Aufruf, in dem es heißt, daß besonders die Arbeiter in ihrer erdrückenden Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilen. Die Regierung sei entschlossen, Wiederholungen ähnlicher Greuel mit allen Mitteln zu verhindern. Es wird ferner auf die Nationalversammlung Bezug genommen, die den Frieden bringen solle. Die Regierung bereitet vor allem den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes vor alle gegenrevolutionären und terroristischen Bestrebungen schützt. Die Freiheit des deutschen Volkes nach außen soll sichergestellt und die Gründung des Völkerbundes zu sicherem Schutz gegen neue Kriegsgefahr soll ermöglicht werden. Gegen den polnischen Annektionismus bedarf unser Land eines Schutzes, den das Volk nicht versagen wird. Nicht minder gilt es, unsere Grenze gegen die neue russische Militärdespotie zu schützen, um einen neuen Weltkrieg zu hintertreiben, bei dem Deutschland der Schauplatz sein würde.

Die Waffen müssen abgeliefert werden.

Berlin, 14. Januar. Die Regierung erläßt eine Verordnung, nach der alle Waffen abzuliefern sind. Die Zentralbehörden haben die Ausführungsbestimmungen sofort zu erlassen. Nichtablieferung trifft Strafe mit Gefängnis oder Zuchthaus oder Geldstrafe bis 100 000 Mk.

Die bayerischen Wahlen.

München, 14. Januar. Bis gestern abend wurden gezählt: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 745 976, Sozialdemokraten 596 741, Deutsche Volkspartei 255 615, Bauernbund 250 378, Nationalliberale 80 902, Unabhängige Sozialdemokraten 56 724, Mittelstand 7189, Unteroffizierspartei 9236. Die Resultate der größeren Städte wie Nürnberg und Augsburg stehen noch aus.

Eine zerfließende Krone.

Luxemburg, 14. Januar. Die Regierung erläßt eine Bekanntmachung gegen die revolutionäre Bewegung und den Sturz der Dynastie. Sie kündigt die baldige Aufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Entente und besonders mit Frankreich und Belgien an. Die Großherzogin ist bereit, auf den Thron zu verzichten, wenn sie ein Hindernis für den Neubau des Landes bilde und — wenn die Dynastie für die Nachkommen gesichert bleibe.

Generalstreik in Argentinien.

Buenos Aires, 14. Januar. Die Arbeiterverbände erklärten den allgemeinen Ausstand in der ganzen Republik. Die Eisenbahnen, Mittel- und Westargentiniens stellten den Betrieb ein. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Das Auto des Leiters der Polizei und zahlreiche Straßenbahnwagen wurden in Brand gesteckt. Mehrere Waffenlager sind ausgeräumt worden.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Von den Bäckern der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei . . . . . 71.32 Mk.

Von den Arbeitern von Evers u. Meßner . 46 70 „

Das Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.

Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.

Sämtlich in Lübeck.

Ein weiterer Beweis unserer Leistungsfähigkeit:

Seide

Seidentüll doppelbreit, apart gemustert...18.50 — **12.50 M**

Reinseidene Schotten in Messaline u. Paillette 19.50 15.75 — **12.90 M**

Foulard-Seide entzückend gemustert, Ia. Qual.....19.75 18.50 — **17.50 M**

Seiden-Voal in großer Auswahl, bedruckt, ca. 100 cm breit 24.50 22.50 — **19.50 M**

Einfarbige Messaline schwere, weichfl. Qual., ca. 90 cm breit.....39.50 37.50 — **32.50 M**

Kleiderstoffe

Kostümstoff 130 cm breit graumelierte Halbwolle..... — **22.50 M**

Kostümstoff 130 cm breit marineblau Halbwolle..... — **24.50 M**

Kostümstoff 140 cm breit marine u. braun, besonders weiche Ware — **38.50 M**

Kostümstoff 135 cm breit schwarze, weiche Qualität..... — **39.50 M**

Kostümstoff 140 cm breit Cheviot, gar. Reine Wolle in schwarz und marine..... — **69.50 M**

Waschstoffe

Glasbatist schwarz und farbig.....12.50 — **6.50 M**

Schleierstoff mit aparten Streifen.....11.90 — **9.50 M**

Schleierstoff ca. 115 cm breit, geblümt....17.50 — **14.30 M**

India-Mull ca. 120 cm breit..... — **17.50 M**

Voll-Voal 115 cm breit, schöne körnige Ware, weiß und bunt, bestickt und bedruckt.....24.50 — **21.50 M**

An der Sammelkasse (Sammelbücher an allen Kassen erhältlich) **bezahlen Sie mit Kriegsanleihe zu 98 Prozent.**

Rudolph Karstadt

Lübeck — **Kommandit-Ges.**

Versammlung

der Unterstützungskasse der Weinhändler-Arbeiter v. 1897

am Sonntag, d. 26. Jan., nachm. 4 Uhr

im „Weißen Roß", Marlesgrube.

Etwaige Forderungen sind bis 22. Januar beim Kassenführer **Wacker**, An der Mauer 42, anzumelden. (8050) **Der Vorstand.**

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter

vormals Allgem. Deutscher Gärtner-Verein.

Grosse öffentliche Versammlung

aller in den Gärtnereien, Baumschulen, Friedhöfen und der Stadtgärtnerei Lübecks beschäftigten Personen

am Mittwoch, dem 15. Januar, abends 7 Uhr

im Lokale Eggers, Stavenstraße 33.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Angebot der Unternehmer in der Lohn- und Arbeitszeitfrage. Ref. Kollege **Kummer**, Hamburg. Freie Aussprache. (8089

Täglich **fettes Pferdefleisch** und **Wurst.**

8066 **Fritz Witt**, Stockelsdorf, Lohstr. 28.

Nervenarzt

Dr. Thoemmes,

Breitestraße 8,

nimmt die **Praxis am 17. Jan.** wieder auf.

8043) Sprechstunden: 9—12 und 3—5 Uhr wochentags.

Quartett „Italia" von 1903

Wiederaufnahme

der Gesangstunden am Mittwoch, d. 15. d. Mts., abends 8 Uhr, im Vereinssaal Restaurant Hohenzollern, Hüxstr. 17.

Der Vorstand.

Freunde des Gesanges, die gewillt sind, wieder einem Verein beizutreten, sind freundlichst eingeladen. (8083

Sterbekasse „Die Vertrauliche"

Lübeck.

General-Versammlung

am Mittwoch, 12. Februar 1919

abends 8½ Uhr

im Bürgerverein.

8052) **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Fleischer

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

morgen Mittwoch abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshause.

Die Tagesordnung ist sehr wichtig, deshalb muß jedes Mitglied erscheinen.

8059) **Der Vorstand.**

Verband der Lithographen und Steindrucker

und verw. Berufe.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Donnerstag, 16. Januar

abends 7½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50-52.

Wichtige Tagesordnung.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.

8057) **Der Vorstand.**

Deutsche demokratische Partei

Lübeck.

Gr. öffentl. Versammlung

Mittwoch, den 15. Januar 1919, abends 8 Uhr

in der Stadthalle. 8044

Referent:

Herr **Dr. Hugo Wendorff**, Schwerin, Kandidat d. Wahlkreis. Lübeck-Mecklbg.

Wähler, erscheint in Massen!

Die letzte Woche

unseres Inventur - Ausverkaufs

bietet in den hierfür freigegebenen Abteilungen große Posten Waren, teils

über die Hälfte im Preise herabgesetzt.

In unserer Haushalts-Abteilung unter anderm:

Fischkessel Ia. Emaille. . . .	statt	17.50	14.50	10.50
	jetzt	**7.95**	**6.95**	**4.95**
Schnellbrater Ia. Emaille. . . .	statt	34.50	31.50	25.50
	jetzt	**16.95**	**15.00**	**12.25**

Zinkwaschkessel jetzt 19.75 17.50 — **14.50**

Grosse Milchsatten Ia. weiß Emaille 16 Lt. 7.75 14 Lt. 5.95 8 Lt. **4.95**

Emaille-Teigschüsseln jetzt nur 2.95 — **2.10**

Emaille-Essnäpfe jetzt 2.45 1.85 — **1.25**

Kinderbecher Emaille **15 ₰**

Emaill. Bratpfannen mit Stiel jetzt 3.25 2.75 — **2.35**

Wasserkessel braun Emaille, 2 Ltr. jetzt **2.75**

Ein Posten **Kochtöpfe** blau Emaille innen weiß . . . . . jetzt **1.95**

Emaille-Teller weiß . . . . . jetzt **95 ₰**

Schaumkellen weiß Emaille . . . . jetzt **75 ₰**

Essenträger Emaille jetzt **2.95**

Wir bitten, die Vormittagsstunden zum Kauf zu benutzen.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. — Holstenstr. 25-33 — Lübeck

Im Arbeiterinnenheim

Breite Straße 48, Gartenhaus

finden Arbeiterinnen freundliche Aufnahme. Preis d. Bettes einschl. Kaffee Mk. 3.50 wöchentl. (8042

Marmorsaal.

Heute,

Dienstag, 14. Jan., abds. 8 Uhr

Bunter Ernst-Albert-Abend

ausverkauft.

Auf vielfachen Wunsch letzte Wiederholung

Freitag, 17. Januar.

Vorverkauf: Musikalienhdlg. Ernst Robert, Breite Str. 29.

3.—, 2.—, 1.— M. (8041

Hansa-Theater.

Dienstag, abends 7 Uhr:

Komtesse Didi.

Operette von Fr. Hartmann.

Mittwoch: (8053

Die Csardasfürstin

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

8060

Dienstag, den 14. Januar

14. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

Wilhelm Tell.

Mittwoch, den 15. Januar:

Joseph in Aegypten.

Donnerstag, den 16. Januar:

für die Schauspielgemeinde. Grüne Karten.

Die Lokalbahn.

Die feurige Metten.

Freitag, den 17. Januar:

Zar und Zimmermann.

Nr. 11
26. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 14. Januar 1919

Sozialdemokratie, Religion und Kirche

An die Frauen und Mädchen! Die meisten von euch machen sich ein ganz falsches Bild vom Sozialismus und besonders von der Trennung der Kirche vom Staat. Dieses Wort hat nichts zu tun mit der Niederreißung, Verbrennung von Kirchen und Altären, mit der Verjagung der Geistlichen und ähnlichem! Fragt doch eure Männer, Brüder und Söhne, die vom Kriege zurückgekehrt sind, fragt sie, was sie in Frankreich gesehen haben; in Frankreich, wo seit einem Vierteljahrhundert die Kirche vom Staat getrennt ist. Fragt sie, ob dort die Jugend ohne Religionsunterricht aufwachsen muß, ob der Gottesdienst oder sonst eine Religionsübung dort nicht mindestens ebenso ungehindert ist wie in Deutschland!

Nein, der Kirche soll kein anderes Recht genommen werden, als nur jenes, daß sie von den staatlichen Steuergeldern zehrt, die doch auch von den vielen nichtkirchlichen Christen und Andersgläubigen aufgebracht werden. Die Kirche darf nur die Aufgabe haben, die Nächstenliebe, die Menschenliebe, die Liebe überhaupt zu predigen und zu verbreiten; hier ist ihr ein weites Feld gegeben. Staatsgeschäfte, Staatsgewalt und ein Einmischen in dieselben müssen ihr versagt sein. Es gilt, der Kirche eine Macht zu nehmen, die sie Jahrhunderte lang zum größten Verderben des Volkes ausgeübt hat.

Die meisten Mütter schrecken zusammen bei dem Gedanken, daß ihre Kinder von jetzt ab wie die „Heiden" aufwachsen sollen. Kein Mensch denkt aber daran, euren Kindern den Glauben und die Religion zu nehmen.

Kirche und Religion sind zwei verschiedene Dinge, liebe Leserin! Die Kirche besteht erst seit zwei Jahrtausenden, die Religion ist weit älter. Und was hat die Kirche neben den vielgerühmten und gewiß auch nicht völlig zu bestreitenden Segnungen der Menschheit an Unsegen gebracht! Denkt an das Mittelalter zurück, an die Ketzerverfolgungen und Hexenverbrennungen. Denkt an den angeblichen Religionskrieg, der vor 300 Jahren ein ganzes Menschenleben lang die deutschen Lande durchtobte.

Und ist nicht der Geist der Kirche bis heute der gleiche geblieben? Wird nicht die Kanzel zu politischem Kampfe mißbraucht?

Mütter! Wenn die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt ist, habt ihr die Freiheit, eure Kinder dem verderblichen Einfluß solche im tiefsten Sinne unreligiöser Menschen zu entziehen. Und wenn die Priester allein von euren Kirchengemeindebeiträgen abhängig sind, habt ihr auch die Macht, ungeeignete und unbeliebte Priester zu beseitigen, könnt euch Prediger nach eigener Wahl anstellen, die von Herz zu Herzen sprechen, Seelsorger im wahren Sinne des Wortes sind, und die auch euren Kindern wirkliche Erzieher sein können. Euren Kindern wird der wahre Glaube, wie ihn Jesus Christus gelehrt hat, die Liebe zum Menschen und nicht dessen Ausbeutung, gelehrt werden; sie sollen eine reine, harmonische, sittlich erhebende Erziehung, gereinigt von aller Heuchelei und Scheinheiligkeit, erhalten. Vor allem soll ihnen nicht mehr der Geist des Krieges und Völkerhasses gepredigt werden. Ihr alle habt genügend am eigenen Leib erfahren, was Krieg heißt; wo wäre das Herz, das nicht unzählige Male im wildesten Schmerz zusammengezuckt wäre beim Anblick und Miterleben der unmenschlichen Kriegsgeschehnisse? Ein nicht geringer Teil der Schuld am Kriege trifft die Kirche. Sie war immer in treuer Gefolgschaft jener Klassen und Parteien, die euch jahrhundertelang in Knechtschaft, Bedrückung, Sklaverei erbarmungslos niedergehalten haben und deren Weltmachtsgrößenwahn und Weltmarktsprofitgier uns diesen Krieg mit beschert hat. Darum also, um des Friedens und der Menschlichkeit willen ist es nötig, die politische Macht der Kirche zu beseitigen, den Wirkungskreis der Kirche auf die Religion zu beschränken und die Religion zu einer ungehinderten persönlichen Angelegenheit jedes Einzelnen und der religiösen Gemeinschaften zu machen.

Darum, Frauen und Mädchen, gerade um der wahren Religion willen, um der Zukunft unserer Kinder willen müßt ihr am 19. Januar sozialdemokratisch wählen, damit durch die Trennung von Kirche und Staat endlich gesunde Religionsverhältnisse geschaffen werden können.

Wen wählen Sie, mein Fräulein?

Die demokratische Partei, mein Herr!

Warum denn diese? Sind Ihre Verhältnisse während des Krieges so glänzende geworden, und wie hoch beläuft sich Ihr Bankkonto?

Sie scherzen wohl. Sauer genug habe ich mir meine paar Groschen verdienen müssen und ich war sehr froh, mich durch diese unselige Zeit hindurch balanzieren zu können. Aber weshalb fragen Sie so?

Nun, mein Fräulein, sagen Sie mir, mit wem Sie umgehen und ich werde Ihnen sagen, wer Sie sind. Da doch die demokratische Partei die Interessen der Kapitalisten vertritt, so nahm ich mit Recht an, daß auch Sie Großkapitalistin geworden sind. Wer hat Ihnen denn diese famose Partei empfohlen?

Mein Chef sagte, daß nur diese Partei das Beste will.

Ihr Chef! Sehen Sie, mein Fräulein, da haben wir ja den Angelpunkt. War Ihr Chef ebenso entzückt über den Sonntagsladenschluß, wie Sie, über die Angestelltenversicherung, über das Steigen Ihres Gehalts und über manches andere mehr, was die soziale Fürsorge des Personals betraf? Wissen Sie, was Politik heißt? Politik heißt im modernen Sinne die Lehre von dem Zweck des Staates und den besten Mitteln ihrer Verwirklichung. Und um das zu verwirklichen, was Sie wollen, dürfen keine Vertreter gewählt werden, die den Standpunkt Ihres Chefs teilen. Weil die Wahl für die Frauen etwas Neues ist, buhlen die Prinzipale um ihre Stimmen. Dieselben Prinzipale, die Sie und Ihre Kolleginnen aufs Pflaster werfen, wenn sie ihm nicht mehr genehm sind. Sie dürfen das Erstgeburtsrecht nicht um das Wohlwollen des Chefs preisgeben. Diese neugebackenen Demokraten haben den Aufstieg des Volkes stets zu verhindern gesucht, der Fortschritt ging ihnen immer zu schnell.

Mein Fräulein, das echte, die wirkliche Demokratie, können Sie **nur bei der Sozialdemokratie finden.** Die ganze Vergangenheit bürgt für ihr Firmenschild. Bei ihr wissen wir das Wohl des Volkes in besten Händen, weil ihre Männer, selbst aus den Reihen des Volkes, genau wissen, was dem Volke not tut und was es braucht. Und wir kommen wieder in den beinahe alten Zustand, wenn sich das Volk unserer Errungenschaften unmündig zeigt. Und Sie gehören doch zu dem Volke. Wollen Sie durch eine falsche Wahl gegen sich selbst arbeiten und die Reihen unserer Gegner stärken? Also Frontwechsel, mein Fräulein. Mit reichen Leuten ist es nicht gut, Kirschen zu essen, und diese reichen Leute sitzen bei den Demokraten. Jetzt gilt es, die Errungenschaften der Revolution zu schützen. Es handelt sich darum, ob wir einen wirklichen Volksstaat haben sollen oder einen, der es bloß dem Namen nach ist. Es handelt sich darum, ob wir uns wieder die Zipfelmütze über die Ohren ziehen lassen sollen.

Also fragen Sie sich: Wer bin ich und wo gehöre ich hin? Wer hat den Frauen das Wahlrecht gebracht, wer bemüht sich redlich, der Welt Gerechtigkeit zu bringen? Wer kämpfte schon in Ketten für die Freiheit der Welt? Das waren nicht die satten Demokraten, mein Fräulein, das waren die Sozialdemokraten. Ueberlegen Sie dies alles, werden Sie nicht die Verräterin Ihrer Brüder und denken Sie an sich selbst an dem Tage der Wahl.

Beamte und Staatsarbeiter!

Man schreibt uns:

Der 19. Januar ist nahe! Diese Tage entscheiden über euer Geschick.

Die bürgerlichen Parteien haben sich Namen beigelegt, die volkstümlich klingen sollen. Aber es sind immer noch die alten Wölfe, wenn sie auch jetzt in den Schafpelzen stecken! Die gewalttätige Vaterlandspartei und das noch mächtigere Großkapital, alle sind sie noch auf dem Sprung! Ihnen stehen volle Geldsäcke und klingende Namen zur Verfügung.

Man hüllt sich in den Mantel des sogenannten Bürgertums und man tischt euch das Märchen von der blutrünstigen Sozialdemokratie auf, die den Mittelstand und die Bürger vernichten und alles aufteilen wolle. Fallt nicht darauf herein! Wenn ihr eure Stimmen nicht der Sozialdemokratie gebt, sondern den verschiedenen „Volksparteien" zum Siege verhelft, dann werdet ihr furchtbare Ueberraschungen erleben. Die „Volksparteien" werden ihre Gesinnungen ändern, wie das Chamäleon seine Farbe. Ihr werdet mit Betrübnis einsehen müssen, daß man nur Stimmvieh gebraucht hat, um den Wahlsieg erfechten zu können. Es wird dann heißen: Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen!

Ihr müßt endlich einmal wissen, welche Grundsätze die Sozialdemokratie verfolgt. Sie will nicht etwa den einen oder den anderen Stand vom Erdboden verschwinden lassen, nein, sie will eben gleiches Recht für alle! Und das gerade wollen die anderen nicht! Wer die anderen sind, das werdet ihr aus der vorrevolutionären Zeit wissen. Die Gegner der Sozialdemokratie sind auch die Gegner der unteren Beamten und der Staatsarbeiter. Ihr müßt euch daran erinnern, daß unter der Monarchie nur die Sozialdemokraten für euch im Parlament eingetreten sind, während die anderen euch mit dem „Wohlwollen" abspeisten.

Soll der neue Staat wieder nur von einem Häufchen standesbewußter Gewaltmenschen und vom brutalen Großkapital regiert werden? Wollt ihr euch wieder mit Füßen treten lassen? Die alte Regierung hatte meist nur Geld für die hohen und höchsten Beamten! Die anderen betrachtete sie nur als Arbeitstiere, als Handlanger, Tagelöhner! Erinnert euch daran, wie eure Hilferufe und Petitionen in den Papierkorb geflogen sind! Dafür bekamen aber auch die „hohen" Beamten die hohen Gehälter.

Darum werbt bei euren Kollegen und auch bei euren Frauen, Müttern und Töchtern! Der Gegner läßt kein Mittel unversucht, um euch zu ködern! Seid auf der Hut! Auf jede Stimme kommt es an!

Süddeutsche Wahlen.

Bayern.

Die Wahlen zum bayrischen Landtag zeigen folgendes vorläufiges Ergebnis:

Bayerische Volkspartei 262 891,
Deutsche Volkspartei 196 883,
Sozialdemokratische Partei 312 011,
Unabh. Sozialdemokratische Partei 31 241,
Bauernbund 81 526.

Es stehen noch wesentliche Teile aus, so daß sich die Ziffern der Hauptparteien noch um ein Drittel erhöhen werden. Das

Der letzte Tag, an dem die Wählerlisten einzusehen sind, ist am Mittwoch.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salamon.

31. Fortsetzung.

„Na, Jürgens, dann überlegt man, was wir machen wollen," sagte Rodig, dem Bauern die Hand zum Abschied reichend. „Kommt bald mal bei mir vorbei." Damit verließ er die Stube und der Bauer war mit der Bäuerin allein.

„Na, was soll denn das?" fragte der Bauer, sich an sein Weib wendend, als er, zum Fenster hinaussehend, den bespannten Wagen bemerkte.

„Es ist ein großes Unglück geschehen, Bauer," sagte sie mit bewegter Stimme. „Der Johann soll gleich den Doktor mitbringen aus der Kreisstadt."

Fragend sah sie der Bauer an. „Ist es etwa die Berta?"

Die Bäuerin nickte nur stumm. Dann, sich ein Herz fassend, trat sie auf ihren Mann zu und sagte in traurigem Tone: „Daß du es weißt, ihr Bräutigam, der Ernst Röder, ist tot!"

Der Bauer zuckte zusammen und sein Weib zweifelnd ansehend, fragte er:

„Was, der Luftikus ist tot?"

„Versündige dich nicht, Bauer," sagte sie in strengem Tone. „Es war ein braver, ehrlicher Kerl, der noch im Tode für die Berta und ihr Kind gesorgt hat. Sein kleines Vermögen von einigen hundert Mark hat er ihr durch Testament vorher noch vermacht und nur gutes hat er für sie getan. Das weiß ich selbst, Bauer. Und darum sag ich aus ehrlichem Herzen: Schad um ihn, schad um die Berta. So jung zu sterben hätt' er nimmer brauchen".

Der Bauer blickte sinnend zum Fenster hinaus. Dann, sich zu seinem Weibe wendend, legte er wie abbittend die Rechte auf ihre Schulter und sagte mit bewegter Stimme:

„Wenns an dem ist, Weib, dann freilich nehme ichs Wort zurück. Man soll keinem Toten was Schlechtes nachsagen. Weiß man doch selbst nicht, wies einem ankommen kann." Nach einer kleinen Pause fragte er: „Hast denn noch Hilfe raufgeschickt zur Muhme?" Und als sein Weib wortlos nickte, meinte er: „Es ist schon recht, Bäuerin." Darauf nahm er seine Mütze und ging hinüber auf sein Land, still vor sich hinbrütend.

Der Doktor fand Berta bei seiner Ankunft noch immer im heißen Fieber liegend, wenngleich dasselbe nach der ersten furchtbaren Aufregung doch allmählich etwas nachgelassen hatte. Der Doktor verschrieb eine die Nerven beruhigende Medizin und sagte der ängstlich aufhorchenden Alten, daß die gesunde und kräftige Natur der jungen Mutter wohl das Fieber überwinden würde. Er hoffe, daß sie in längstens vier Wochen wieder hergestellt sei.

Einige Tage später traf auch noch die amtlich beglaubigte Todesurkunde an die unverehelichte Berta Winzer, als einzige Erbin des Verstorbenen, wie aus seinen hinterlassenen Papieren hervorging, aus dem Bezirkskommando aus Straßburg ein, mit einem Begleitschreiben versehen, in welchem in trockenem Beamtenstiele der Selbstmord des Rekruten Ernst Röder kurz mitgeteilt wurde.

Zu langsam für Mutter Rese, aber doch stetig schritt die Genesung der jungen Mutter vorwärts. Von der durch die Bäuerin entsandten Jungmagd kräftig unterstützt, ließ sie es an der so nötigen Aufsicht über die Kranke nicht fehlen.

Der mit voller Macht daherziehende Frühling verfehlte seine lebensfrische, erweckende Wirkung auf die junge Mutter nicht. Wohl seufzte sie noch manchmal tief aus dem trauernden Herzen auf. Aber sie konnte doch schon wieder an den lieben Toten denken, ohne in eine hochgradige Aufregung zu geraten.

Nach der vierten Woche ihrer furchtbaren Leidenszeit gestattete endlich der Arzt an einem lichtdurchdrängten Maientage, daß Berta einige Stunden auf der kleinen Bank vor dem Häuschen verweilen dürfe.

Sorgsam packte die Alte einige Kopfkissen auf den erwählten Sitz und mit mütterlicher Freude geleitete sie die noch bleich und schmal ausschauende Berta hinaus in die sonnige würzige Frühjahrsluft.

Nachdem die Alte ihren Pflegling sorgsam noch mit einigen wollenen Decken versehen hatte, holte sie ebenfalls den kleinen Wäschekorb mit dem rosig schimmernden Kindchen darin, heraus, um ihn dicht bei der matt lächelnden Berta niederzusetzen.

Mit müdem, traurigen Blick streckte diese der Alten die jetzt so weiß und zart gewordene Hand entgegen. „Wie soll ich Euch das einst danken, liebe Mutter, und auch der Bäuerin," sagte sie leise, „was ihr beide Gutes an mir armen Menschenkinde getan habt. Ohne Euere Hilfe wäre ich wohl längst dort, wo mein lieber Ernst jetzt ruht. Und doch," versetzte sie noch flüsternd, „wärs für mich vielleicht besser gewesen."

„Wollen denn die trüben finsteren Gedanken immer noch nicht weichen?" fragte die Alte wehmütig. „Sieh dir doch das Ebenbild von deinem Ernst an," deutete sie lächelnd auf den schlafenden Kleinen. „Hast doch noch eine rechte Freude an dem kleinen unschuldigen Wesen, nicht wahr, Berta?"

„Gewiß, Mutter Rese!" nickte sie der Alten kopfschüttelnd zu. „Aber wenn mir jemand vorher erzählt hätte, daß ich Unglückliche solche Mutterfreuden erleben würde, ich wüßte nicht, was ich getan hätte. Wenn mich das kleine süße Ding mit den hellen Augen anblickt, als ob es fragen wollte: wo ist denn mein Vater?" dann gibt es mir jedesmal einen Stich ins trauernde Herz."

„Mußt aber nicht so viel daran denken, liebe Berta," schmeichelte leise die Alte. „Unser Herrgott gibt jedem das Seine und wir sollen nicht darüber murren."

„Unser Herrgott?" sagte diese mit einem bitteren Ausdruck in den Zügen. „Den Glauben, Mutter Rese, habe ich verloren, wohl für immer. Doch wenns einen gerechten Gott im Himmel geben würde, so dürfte er eine solche schändliche Tat niemals zugeben. Nein, nein, Mutter Rese, es kann ja keinen geben."

„Aber, Kind, einen Glauben muß doch der Mensch haben," entgegnete ängstlich die Alte. „Etwas, woran sich der Mensch hängt in seiner schwersten Stunde."

„O, Mutter Rese, wenn Ihr wüßtet, wie ich täglich zu diesem Gott gefleht habe, daß er mir mein Liebstes, meinen Ernst, beschützen und behüten möge — und nun? — Was hat mir all mein Beten und Bitten genützt? — Nichts! — Nichts!" Mit leerem Blick sah sie hinauf in den wolkenlosen, lachenden Himmel, als erwarte sie von dort oben eine Antwort.

Aber nur einige Lerchen hoch oben schmetterten ihren Jubelgesang hinaus in die Lüfte, als wollten sie die leidende, darbende Menschheit da unten anfeuern zu dem heiligen, gerechten Kampfe um die wahre, innige, nie versiegende Menschenliebe.

Traurig blickte Mutter Rese ihren jungen Liebling an. Dann sagte sie: „Ich verstehe deinen Schmerz wohl schon, Berta, mußt deswegen aber nicht gleich alles von dir werfen, was dir früher heilig und teuer war. Mußt nur nicht gleich ungläubig werden."

„Das, Mutter Rese, werde ich auch nie," sagte Berta mit fester Stimme. „Auch ich will glauben. Aber nicht an Gott, den ich nicht sehen und nicht begreifen kann, sondern an meine armen Brüder und Schwestern, die sich eins mit mir fühlen in ihrem Elend und Unglück, an diese will ich glauben und festhalten. Denn ich weiß jetzt, daß der Gott da oben nur für die Reichen und Machthabenden, aber nicht für uns Armen ist!" Als sie nun das angsterfüllte Gesicht der Alten bei dieser freimütigen Aussprache bemerkte, fügte sie matt lächelnd hinzu: „Es soll aber sonst jeder glauben, woran er will. Glaubt Ihr deshalb ruhig weiter an Euern Gott."

„Bist doch mein gutes, liebes Mädel," sagte die Alte mit innniger Freude, indem sie mit ihrer welken Hand über das üppig blonde, aufgelöste Haar ihres Pfleglings leise hinfuhr. „Nun aber nicht mehr sprechen, Berta," mahnte die Alte sie dann, „es regt dich doch noch zu sehr auf." Langsam trippelte sie zurück in ihr Stübchen, um die kleinen häuslichen Arbeiten zu verrichten, während Berta vorsichtig ein schon etwas zerknülltes Papier aus ihrer Tasche hervorzog. Es war der Brief von Friedel, in welchem die Unglücksbotschaft mitgeteilt war. Gefaßt und ruhig las sie noch einmal diesen, von einem warm empfundenen Herzen diktierten Brief. So konnte nur ein wahrer Freund, ein wirklicher Bruder schreiben, und im Geiste dankte sie diesem aufrichtig für seine innigen Trostesworte, die ihr Herz warm berühren mußten. Sorgfältig verwahrte sie diesen wirklichen Trostspender, um dann, mit liebenden Blicken ihr herziges Kindchen betrachtend, ihren grübelnden Gedanken nachzuhängen.

Fortsetzung folgt.

Verhältnis dürfte sich aber nicht wesentlich mehr verschieben. Das Münchener Wahlergebnis ist bis auf wenige noch ausstehende Ziffern: Sozialdemokraten 148 303 Stimmen, Bayerische Volkspartei, eingeschlossen Zentrum 79 845, Deutsche Volkspartei, eingeschlossen Deutsche Demokratische Partei, 61 362. Unabhängige Sozialisten 16 155, gemeinsame Liste der Nationalliberalen und der Deutschnationalen 4397.

Württemberg.

Das Ergebnis der württembergischen Landtagswahlen ist folgendes:

Sozialdemokraten 52 Sitze,
Deutsche Demokratische Partei 38 Sitze,
Zentrum 31,
Rechtsblock (Württembergische Bürgerpartei, Bauernbund, Weingärtner und kleine Landwirte) 25 und
Unabhängige 4.

Baden.

Um die allgemeine Uebersicht in den süddeutschen Staaten zu vervollkommnen, wiederholen wir das Ergebnis der badischen Wahlen. Es ergab:

41 Sitze für das Zentrum,
35 für die Mehrheitssozialdemokratie,
24 für die Demokratie und
7 für die Deutschnationale Volkspartei.

Die Unabhängige Sozialdemokratie vermochte von insgesamt 900 000 Stimmen noch nicht 15 000 Stimmen auf sich zu vereinigen und brachte es auf kein einziges Mandat.

Aus Nah und Fern.

Die schwedischen Kolonien in Berlin, Hamburg, Kiel und anderen deutschen Städten sollen künftighin von Schweden besondere Lebensmittelsendungen erhalten.

Der bestohlene Kasseler Bürgermeister. Oberbürgermeister Koch aus Kassel, der in einer Versammlung im Schumann-Theater zu Frankfurt sprach, vermißte nach Beendigung seiner Rede seinen Pelzmantel. Dieser war gestohlen worden und repräsentierte einen Wert von mehreren tausend Mark.

Zu blutigen Zusammenstößen ist es am Sonntag in Zwickau gekommen. Die Mehrheitssozialisten versuchten, sich wieder in den Besitz der von den Spartakisten gerauhten „Städtischen Volksblattes" zu setzen. Hierbei kam es zu einem heftigen Feuergefecht, wobei auf beiden Seiten mehrere Personen getötet oder verwundet wurden. Um 3 Uhr nachmittags ergaben sich die Spartakisten. Die beiden Führer wurden von der Menge durchgeprügelt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 16.—31. Januar 1919 wird auf den Abschnitt 3 der Zwiebackkarte für Personen über 65 Jahre

½ Pfund Lebkuchen

zum Preise von 32 Pfg. für ein Paket

abgegeben und zwar werden die Karten in folgenden Geschäften eingelöst:

Zwiebackkarte Nr.	1—2000	Fa.	**Schwartzkopf**, Sandstr. 25
„ „	2001—4000	„	**Peter Lohse**, Holstenstr. 29
„ „	4001—4200	„	**C. W. Sahn Ww.**, Schlutup
„ „	4201—5600	„	**Heinr. Möller**, Sandstr. 15
„ „	5601—5900	„	**Carl Schnoor**, Travemünde

Lübeck, den 13. Januar 1919. (8063

Das Landesversorgungsamt.

Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 20. Januar bis zum 16. Februar 1919 erfolgt von Donnerstag, den 16. Januar 1919 ab von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr und nachmittags 3 Uhr bis 6 Uhr in der Börse, Eingang vom Markt (Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen).

Für die Zeit bis zum 16. Februar 1919 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1. einer der für Februar für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte 75 bis 78 der Bezugskarte,
2. einer der zum Bezuge von Zucker für Februar gültigen Abschnitte 85 bis 89 der Bezugskarte und
3. drei Unterabschnitte des Abschnittes 8—11 der Kartoffelkarte.

Selbstversorger und Personen, welche auf diese Abschnitte Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I, einen entsprechenden Ausweis.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärts wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II.

Lübeck, den 13. Januar 1919. (8049

Das Landesversorgungsamt.
Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Richtlinien für die Wahlen zur Nationalversammlung.

1. Die wahlberechtigten Militärpersonen, welche im Einwohnermeldeamt als hier wohnhaft gemeldet sind, üben ihr Wahlrecht in dem Stimmbezirk aus, in welchem sie ihre Privatwohnung haben, alle übrigen wahlberechtigten Militärpersonen wählen in dem Stimmbezirk, in welchem ihr Standquartier (bezw. ihr Truppenteil) liegt.

2. Wahlberechtigte Militärpersonen, welche hierselbst nach dem 5. Januar 1919 in einen anderen Stimmbezirk verlegt worden sind, üben ihr Wahlrecht in dem Stimmbezirk aus, welchem sie vor dem 7. Januar angehörten.

3. Wahlberechtigte Militärpersonen, welche von auswärts in den Wahlbezirk des lübeckischen Staatsgebietes verlegt worden, können in die Wählerlisten noch eingetragen werden, sofern sie eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde ihres bisherigen Garnisonortes vorlegen, daß sie dort in der Wählerliste gelöscht sind.

4. Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 7. Januar 1919 und später aus dem Felde heimgekehrt sind, werden ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltage aufhalten.

Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte (§§ 2,4 des Reichswahlgesetzes) ausgestellt werden.

Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimgekehrt ist. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder (an Bord) des Kommandanten nach folgendem Muster ausgestellt:

Bescheinigung.

(Truppenteil.) (Datum).
Dem (Vor- und Zuname) . . . . . .
geboren am . . . . . .
(Stand oder Gewerbe) . . . . . .
wohnhaft in . . . . . .
wird zwecks Ausübung des Wahlrechts zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimgekehrt ist.
(Dienstsiegel.) (Unterschrift.)
(Dienstgrad.)

Die Bescheinigung ist von den das Wahlrecht Ausübenden dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter zu übergeben.

5. Die Ziffern 2 und 3 gelten sinngemäß auch für die wahlberechtigten Zivilpersonen, welche nach dem 6. Januar ihre Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt haben oder nach diesem Zeitpunkt von auswärts zugezogen sind und ihren Wohnsitz in dem lübeckischen Staatsgebiet aufgeschlagen haben.

6. Diejenigen Personen, welche sich infolge Umzugs im Einwohnermeldeamte nicht umgemeldet haben, werden nicht in der Wählerliste des Stimmbezirks, in welchem sie zur Zeit wohnen, sondern (sofern sie überhaupt gemeldet sind) in der Wählerliste des Stimmbezirks eingetragen sein, in welchem sie ihre frühere Wohnung hatten; sie können also ihr Wahlrecht nur in dem letzteren Stimmbezirk ausüben.

Lübeck, den 13. Januar 1919. (8046

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Personen, welche auf den Abschnitt 107 der Warenkarte, der in der Zeit vom 18. bis 24. Dezember 1918 gültig war, noch kein Ei bezogen haben, können dieses zum Preise von 38 Pfg. per Stck. in der Zeit vom Mittwoch, dem 15. bis Sonnabend, dem 19. Januar 1919 bei den Firmen

Karl Eisinger, Breitestraße 1/5,
H. Spethmann, Aegidienstraße 10,
W. Hempel, Hansastraße 33

beziehen.

Lübeck, den 13. Januar 1919. (8061

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. Januar bis 16. Februar 1919 werden gegen Abgabe der Fleischkarte für die Kinder im ersten bis vierten Lebensjahre, werktäglich von 9—1 und 3—5 Uhr (Sonnabends nachmittags geschlossen) in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, Bezugsausweise für

1½ Pfund Kindernahrung
1½ „ Haferflocken und
½ „ Zwieback

ausgegeben.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen!

Lübeck den 13. Januar 1919. (8062

Das Landesversorgungsamt.

Verordnung,

betreffend den Verkehr an den Gestaden der Seehäfen, der Binnenhäfen u. des Kanalhafens.

(Veröffentlicht am 1. April 1915).

1. Das Betreten der zum Lagern, Löschen und Laden von Gütern dienenden Gestaden der Seehäfen, der Binnenhäfen und des Kanalhafens einschließlich der an den Gestaden liegenden Schienengleise und der Warenschuppen ist allen am Verkehr von und nach den Schiffen und den Lager-, Lösch- und Ladeplätzen nicht beteiligten Personen verboten.

Verboten ist ferner:

2. in dem bezeichneten Bereich zu rauchen;
3. die Gestade oder die dort lagernden Waren oder Warenschuppen zu verunreinigen;
4. das Radfahren an der Wasserseite der Warenschuppen und an den freien Uferstrecken der Häfen bis zu einer Entfernung von 5 Metern vom Wasser.

Wer eines dieser Verbote übertritt oder Kinder oder andere unter seiner Aufsicht stehende Personen von der Uebertretung eines dieser Verbote abzuhalten unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

In die gleiche Strafe verfällt, wer den zur Befolgung dieser Verordnung sowie überhaupt den zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des geregelten Verkehrs an den Gestaden ergehenden Anordnungen der Polizei- und Hafenbeamten nicht sofort Folge leistet.

Lübeck, den 1. April 1915.

Das Polizeiamt.

Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat wird die Befolgung vorstehender Verordnung auch von militärischen Posten überwacht. Ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

Lübeck, den 10. Januar 1919. (8047

Das Polizeiamt.

Anordnung an die Arbeitgeber.

1. Bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis, Abteilung für kaufmännische und Bureauangestellte, sind zahlreiche Bewerber als stellungslos vorgemerkt, zum großen Teil sind es Kriegsteilnehmer. Es ist notwendig, daß die vorhandene Arbeitsgelegenheit diesen Erwerbslosen weitgehendst zugewandt wird, insbesondere müssen weibliche Arbeitskräfte, die nicht dringend auf Erwerb angewiesen sind, ihre Plätze verlassen, um unseren Kriegern eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten. Eine Aufforderung des unterzeichneten Demobilmachungskommissars an die weiblichen Arbeitskräfte, freiwillig ihre Plätze zu räumen, hat keinen hinreichenden Erfolg gehabt. Daher werden nunmehr die Arbeitgeber aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen ungesäumt zu treffen, um Zwangsmaßnahmen zu vermeiden.

2. Dem unterzeichneten Demobilmachungskommissar sind bis 20. Januar d. Js. Name, Geburtsdatum, Beschäftigungsart und Beschäftigungsdauer aller weiblichen Handels- und Bureauangestellten schriftlich aufzugeben, die am 15. Januar in den Handels- und Bureaubetrieben beschäftigt sind, mit dem Hinzufügen, welche weiblichen Kräfte durch männliche Erwerbslose ersetzt werden sollen und aus welchen Gründen bei den weiblichen Kräften von einem Austausch abgesehen wird.

Soweit die Listen bereits der Garnison-Facharbeiterabteilung auf Grund der Bekanntmachung des A.- und S.-Rates vom 6. Januar 1919 eingereicht sind, erübrigt sich die Einreichung an den Demobilmachungskommissar.

3. Alle durch Entlassung weiblicher Arbeitskräfte oder aus anderen Gründen freiwerdenden offenen Stellen müssen dem Oeffentlichen Arbeitsnachweis gemeldet werden.

4. Betriebseinschränkungen, welche mit einer Entlassung von mehr als 5 v. H. der Angestellten und Arbeiter, mindestens aber mit einer Entlassung von mehr als 20 Arbeitskräften verbunden sind, sind mindestens 7 Tage zuvor dem Arbeitsamte anzugeben.

Wer den Bestimmungen unter 2—4 dieser Anordnung zuwider handelt, hat auf Grund der Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 —RGBl. S. 1292 — auf Antrag des unterzeichneten Demobilmachungskommissars Bestrafung mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark zu gewärtigen.

Lübeck, den 13. Januar 1919. 8048

Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilmachung.
Dr. Link.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich aus dem Felde zurückgekehrt bin und am heutigen Tage

Lindenstraße 36 eine

Roßschlachterei

mit elektr. Betrieb eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft durch Verabfolgung von prima Fleisch bei sauberer und prompter Bedienung zufrieden zu stellen und bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. (8065

Hochachtungsvoll **Paul Boldt.**

NB. Kaufe stets gutgeführte Schlachtpferde zu höchsten Preisen.

Sozialdemokratischer Verein.

5. Distrikt.

13. und 14. Bezirk (Hüxtertor).
(Neueinteilung: 18., 19. 20. und 21. Bezirk.)

Versammlung

am Mittwoch, dem 15. Januar, abends ½8 Uhr
bei Gustav Ehlers, Hüxstraße 110.

Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen sämtlicher tätigen Genossen zur Pflicht. Auch sonst nicht tätige Parteimitglieder und Frauen werden ersucht, die Versammlung zu besuchen

Die Distriktsführer
8056) **K. Wittfoot. H. Bauer.**

3. Distrikt.

Versammlung
am Mittwoch, 15. Januar
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"

Alle tätigen Genossen, sowie die Genossen, die am Wahltage mittätig sein wollen, müssen erscheinen

Der Distriktsführer
8058) Emil Rose.

4. Distrikt.

Versammlung
am Mittwoch, 15. Januar
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"

Alle tätigen Genossen müssen erscheinen. (8064

W. Bruns, Distriktsführer.

6. Distrikt.

Mittwoch, d. 15. Januar
abends 8 Uhr (8073

Versammlung der tätigen Genossen
bei **Hagelstein.**

12. Distrikt

Mittwoch abend 7½ Uhr

Tätige Genossen-Versammlung 8060

bei **J. Groth**, Kottwitzstr. 16.

Sonntag morgen 2½ Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber guter Mann, meiner Tochter treusorgender Vater (8071

Gottlieb Geisel

im 59. Lebensjahr.

Aufs schmerzlichste vermißt von mir, meiner Tochter und allen, die ihm nahe standen.

Sophie Geisel,
geb. Alwart.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag 1¾ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt.

Sonntag abend entschlief sanft und ruhig nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter (8070

Elisabeth Burmeister
geb. Eggers
im 64. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Heinr. Burmeister,
nebst Angehörigen.

Schlutup, 12. Januar.

Die Beerdigung findet Donnerstag mittag 1 Uhr vom Trauerhause Wesloer Straße 10 aus statt.

Brautpaar **2-Zimmerwohng.** sucht möbl. mit Küche, am liebst. auch Gas. Angeb. erb. unter **J M** an die Exped. d. Bl. (8045

Zu verkaufen ein Paar fast neue lange Schaftstiefel, Größe 28½. (8067) Brotmarkt 28, pt. b.

Aus besserem Hause ein guterh. Kinderwagen gesucht. Ang. unter **N N 33** an die Expedition dies. Bl. (8051

Hobelbank zu kaufen gesucht. 8072) Friedenstraße 83.

Kaninpelzkragen
und Muffen zu abermals bedeutend herabgesetzten Preisen. (8056
Meier, Schloßstr. 18, I. 10 b. 4 U.

Empfehle **prima** (8040
fettes Pferdefleisch und Fleisch-Wurst
zu den festgesetzten Preisen.
Paul Schnoor,
Stockelsdorf, Lohstr. 35 u.
Fackenburg, Segeberg. Str. 28.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Volksl. Wohnungseinrichtung
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
7945) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinrichtg. stets vorrätig
Fernsprecher 2734.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.